Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ✦ Donnerstag, 7. Juli 1988 ✦ Nr.131 (5 759) ✦ Preis 3 Kopeken

Neue Technologie vorteilhaft

Weit verbreitet im Gebiet Aktjubinsk sind die Erfahrungen der Komplexbrigade von Alexander Oldenburger aus dem Trust „Otdelstroi". Bereits drei Jahre arbeitet das Kollektiv nach einheitlichem Auftrag und hat in dieser Zeit merkliche Leistungen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt. Alle von der Komplexbrigade errichteten Objekte sind mit der Note „ausgezeichnet" abgenommen worden.

Die wertvolle Neuerung sichert stets gute schöpferische Kontakte mit den Projektanten, die sämtliche technologische Operationen überwachen und für einen möglichst geringen Kraftaufwand sorgen. Auch hat man mit den Baustofflieferanten konkrete Verträge abgeschlossen, was eine hohe Baustoffqualität garantieren soll. Auf diese Weise werden mehrere wichtige Fragen komplex gelöst.

Am wichtigsten sind jedoch die zahlreichen technologischen Neueinführungen, deren Urheber die Neuerer und Rationalisatoren der Brigade sind. Allein auf dieser Grundlage ist es dem Kollektiv gelungen, in der ersten Jahreshälfte über 19 000 Rubel einzusparen, die selbstverständlich aufs Konto der Brigade gehen.

Im November des vergangenen Jahres hatte man im Trust eine Sektionsberatung spezialisierter Brigaden veranstaltet, der Brigadiere aus vielen artverwandten Baubetrieben des Gebiets beiwohnten. Alexander Oldenburger mußte viele Fragen beantworten und viele Momente aus der Praxis seines Kollektivs erläutern. Heute nutzt man die Erfahrungen des Kollektivs und bereichert sie mit neuen Leistungen.

Alexander RÖSCH
Aktjubinsk

Lydia Meinhardt und Maria Herdt (auf dem Bild v. l. n. r.), Schweinezüchterinnen im Sowchos „Krasnojarski", Gebiet Zelinograd, haben keine leichte Arbeit. Besonders wenn man berücksichtigt, daß sie für 80 Mutterstiere verantwortlich sind. Um Jungvieh ohne Ausfall aufzuziehen, sind schon eine ganze Menge Anstrengungen und Kräfte vonnöten. Und da sie ihre Arbeit lieben, gehen sie ganz in ihr auf.

Daher kommen auch die guten Resultate. Im Laufe eines Jahres haben die Viehzüchterinnen über 1 000 Ferkel erhalten und aufgezogen.

Foto: Jürgen Witte

Im Büro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Das Büro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans hat auf seiner turnusmäßigen Sitzung die Arbeit des Gebietsparteikomitees Gurjew zur Vervollkommnung der Parteileitung des Agrar-Industrie-Komplexes des Gebietes geprüft. Das Büro des ZK stellte bestimmte Fortschritte fest und hob hervor, daß das erreichte Tempo und das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion im Gebiet die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung an Lebensmitteln nicht befriedigt.

Die Parteikomitees haben es nicht vermocht, die Anstrengungen der Parteigrundorganisationen, der Kommunisten, die in den Staats- und Agrar-Industrie-Organen arbeiten, der Leiter und Fachkräfte der Landwirtschaftsbetriebe zu einer besseren Ausnutzung des Produktionspotentials und der vorhandenen Reserven, zur Steigerung der ökonomischen Effektivität der Landwirtschaft und der verarbeitenden Zweige zu mobilisieren. Die Parteikomitees fällen wie auch früher eine bedeutende Zahl von Entscheidungen, die in die Kompetenzbereiche der staatlichen und Wirtschaftsorgane gehören.

Das Gebietsparteikomitee, viele Rayonparteikomitees geben sich mit der schlechten Nutzung der bewässerten Böden zufrieden. In den zwei Jahren der Fünfjahrplanperiode blieben bei ihrer Erweiterung und Rekonstruktion rund 2 Millionen Rubel der Kapitalinvestitionen ungenutzt. Die Situation bei den Arbeiten zur Festigung der Futterbasis ist unbefriedigend, besonders bei der Steigerung der Futterintensität des natürlichen Wiesenlandes. Die zu diesem Problem angehäuften Erfahrungen finden nicht genügend Verbreitung.

In vielen Agrarbetrieben werden der Pachtvertrag und andere Formen der Leistungsverträge nach wirtschaftlicher Rechnungsführung, die Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Intensivtechnologien nicht genügend eingesetzt; die Zuchtarbeit erfährt nicht die notwendige Organisation.

Ernsthafte Mängel bestehen bei der Auswahl und beim Einsatz der Kader, beim Studium ihrer fachlichen und politischen Eigenschaften. In den letzten zwei Jahren sind im Gebiet über die Hälfte der Direktoren und leitenden Fachleute ausgewechselt worden. Der Organisation der Schulung der Beschäftigten des Agrar-Industrie-Kompexes in konkreter Ökonomie wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Mängel im Handel, bei der medizinischen, kulturellen und sozialen Betreuung der Landbevölkerung werden zu langsam beseitigt.

Das Büro des ZK hat das Gebietsparteikomitee, die Rayonparteikomitees und die Parteigrundorganisationen verpflichtet, von den Leitern und Kommunisten der Staats- und Agrar-Industrie-Organe, der Sowchose und der Betriebe der Nahrungsmittelindustrie die Ausarbeitung von Maßnahmen zur maximalen Nutzung der Möglichkeiten für die Verbesserung der Lebensmittelversorgung im Zeitraum 1989 bis 1990 und bis zum Ende der dreizehnten Fünfjahrplanperiode zu fordern und dabei die vollständige Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse und Melonenkulturen aus der Eigenproduktion zu gewährleisten sowie die Anlieferung von Milchprodukten in das Gebiet bedeutend zu verringern.

Den Parteikomitees wurde angetragen, Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung des Stils und der Methoden ihrer Arbeit einzuleiten.

Auf der Sitzung des Büros des ZK wurde der Rechenschaftsbericht von B. A. Tulepbajew, Mitglied der KPdSU, Direktor des Instituts für Parteigeschichte am ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, über die Erfüllung seiner dienstlichen Verpflichtungen angehört.

Es wurden auch einige andere Fragen behandelt.

Freundschaftliches Treffen

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, ist am 5. Juli in Moskau mit dem Generalsekretär der USAP und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen VR, K. Grosz, zu einem Gespräch zusammengetroffen.

M. S. Gorbatschow beglückwünschte K. Grosz herzlich zu dessen Wahl auf den führendsten Posten der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und wünschte ihm viel Erfolg in der Arbeit. K. Grosz dankte für die Glückwünsche und unterstrich, daß ihn sein erster Besuch im Ausland als Generalsekretär der USAP nach Moskau geführt hat. Das demonstriert die besondere Bedeutung, die die ungarischen Kommunisten der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beimessen.

In dem über dreistündigen Gespräch wurde die Aufmerksamkeit besonders auf die Probleme der Erneuerung des Sozialismus, der Umgestaltung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Struktur sowie der Rolle und der Methoden der Tätigkeit der Partei unter den Bedingungen der Gegenwart konzentriert.

Auf die XIX. Unionsparteikonferenz eingehend, betonte M. S. Gorbatschow, erstmals seit Jahrzehnten sei ein wirklich offenes Parteiforum abgehalten worden, dessen Delegierte leidenschaftlich und engagiert dringliche Probleme des Landes erörtert haben. Bei all den unterschiedlichen und bisweilen aufeinanderprallenden Meinungen habe die Strategie der Umgestaltung eine machtvolle moralische und politische Unterstützung erhalten, und dies sei die Hauptsache.

Unser Land verfügt über immense Möglichkeiten sowohl vom Standpunkt der materiellen Ressourcen aus als auch im Hinblick auf die Qualifikation des Personals. Viel erreicht werden kann allein schon dadurch, daß Ordnung geschaffen wird. Besonders kommt es jedoch natürlich darauf an, daß der neue Wirtschaftsmechanismus richtig in Gang kommt. Die Konferenz hat ihr gewichtiges Wort für die Neuerer, für forschende und initiativreiche Menschen gesprochen. Von herausragender Bedeutung ist der von ihr konzipierte Kurs auf Demokratisierung von Partei und Gesellschaft, auf Reform des politischen Systems. Freilich fällt den Leitern unter den Bedingungen der Demokratie manches schwerer als bisher. Aber das muß so sein. Um leiten zu können, muß sich der Leiter heutzutage Anerkennung von unten erwerben und ständig durch gute Arbeit und durch die Fähigkeit bestätigen, Aufgaben und Mitwirkung der Werktätigen zu lösen.

K. Grosz sagte, daß man in Ungarn jeden Arbeitstag der XIX. Konferenz der KPdSU mit großer Aufmerksamkeit und großem Interesse verfolgte. Das erklärt sich daraus, daß die Allungarische Konferenz der USAP, die im Mai stattfand, ebenfalls Fragen der herangereiften Veränderungen im ökonomischen und politischen System entschied. Wir stehen vor der dringenden Aufgabe der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, fuhr der höchste ungarische Repräsentant fort. Obwohl es nicht wenig Unterschiede zwischen unseren Ländern gibt, hat dieser Prozeß die gleiche Strategie. Auch bei uns steht das Problem der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten an erster Stelle. Und wir suchen nach optimalen Formen und Methoden der Arbeit der Partei als politischer Avantgarde der Gesellschaft, die kein Ersatz für die staatlichen und erst recht nicht für die Wirtschaftsorgane ist.

M. S. Gorbatschow betonte, daß die Führung der KPdSU die Dokumente der Allungarischen Konferenz aufmerksam studiert und mit den eigenen Plänen verglichen hat, was eine Art Überprüfung anhand der Erfahrungen der Freunde war. Natürlich ist die Situation bei uns nicht die gleiche. Jedoch gibt es viele Übereinstimmungen, vor allem im Geist, in den theoretischen Ansichten und in der Konzeption.

(Schluß S. 3)

Resolutionen der XIX. Unionskonferenz der KPdSU

Über die Bekämpfung des Bürokratismus

1. Die Konferenz stellt fest, daß die Beschlüsse des Aprilplenums des ZK der KPdSU von 1985 und des XXVII. Parteitags eine wirksame Offensive auf den Bürokratismus eröffneten, und zwar auf solche abnormen Erscheinungen desselben wie Diktat, Verwaltungswillkür in der Wirtschaft, im sozialen und im geistigen Bereich, bürokratische Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten und Belangen der Menschen, verächtliches Verhalten zur öffentlichen Meinung und zu den sozialen Erfahrungen der Werktätigen. In der Atmosphäre der Stagnation und Gehemmtheit der demokratischen Institute nahm der Bürokratismus gefährliche Grenzen an und wurde zum Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung. Bürokratische Entstellungen, besonders in der politischen Leitung, sind dem Sozialismus als dem aktiven Schöpfertum der Massen fremd.

Die radikale Wirtschaftsreform, die Reform des politischen Systems, die Demokratisierungsprozesse in der Partei und Gesellschaft, die Offenheit, die Entwicklung von Kritik und Selbstkritik, die reale Einbeziehung des Volkes in die Leitung der Gesellschaft untergraben die Positionen des Bürokratismus. Der eigentliche Kampf steht aber noch aus.

Unbegründet groß bleibt der Verwaltungsapparat. Ein bedeutender Teil davon arbeitet losgelöst von den Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft. Die von der Partei ausgearbeiteten Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaft und anderer Lebensbereiche des Landes werden oft durch bürokratische Aktionen der Ministerien, Staats- und Wirtschaftsorgane, die Trägheit vieler Parteiorganisationen und der Sowjets der Volksdeputierten lahmgelegt. Verbreitet sind noch immer Ressortgeist und Lokalpatriotismus, nicht abgeschafft sind Augenauswischerei und Eigenmächtigkeit, Verletzungen sowjetischer Gesetze. Oft kommt es noch zur Unterdrückung der Kritik und Initiative der Werktätigen.

Es ist die Pflicht aller Parteiorganisationen, aller Kommunisten, die bei der Umgestaltung geschaffenen Bedingungen für den konsequenten und kompromißlosen Kampf gegen das soziale Laster des Bürokratismus und für hohe Qualität des sozialistischen Leitungsapparats mit voller Kraft auszunutzen.

Er muß in der Wirtschaft entfaltet werden durch die strikte Befolgung der Gesetze über den Betrieb, über die Kooperation sowie der Vollmachten der Räte der Arbeitskollektive, durch die allgemeine und umfassende Entwicklung der Beziehungen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, der Selbständigkeit und Verantwortung der Betriebe, der Vertrags-, Pacht- und genossenschaftlichen Formen der Wirtschaftsführung, der Demokratie in der Produktion, durch die Vervollkommnung der organisatorischen Leitungsstrukturen.

Dieser Kampf ist im sozialen Bereich durch die Verstärkung der Fürsorge für die Befriedigung der materiellen und häuslich-familiären sowie der geistigen Bedürfnisse der Werktätigen, durch die konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialistischen Gerechtigkeit und die genaue Befolgung der Gesetze zu entfalten.

Der Kampf gegen Bürokratismus im gesellschaftspolitischen Leben muß erfolgen durch die unablässige Vertiefung der Demokratie, die weitreichende Entwicklung der Formen der sozialistischen Selbstverwaltung, die Förderung und Festigung der Macht der Sowjets, durch die direkte Teilnahme der Werktätigen an der Ausarbeitung und Realisierung staatlicher Beschlüsse, die Erweiterung der Informierung der Bevölkerung über die Sachlage in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Verstärkung der Kontrolle der Tätigkeit der Leitungsorgane seitens des Volkes. Eine entschiedene Abfuhr muß man beliebigen Versuchen erteilen, den demokratischen Zentralismus durch den bürokratischen zu ersetzen.

Eine Offensive auf den Bürokratismus im Bereich der Ethik und Moral zu entfalten, bedeutet, die Leninschen Traditionen und Kriterien des geistigen Lebens wiederherzustellen, die Ideologie des Marxismus-Leninismus schöpferisch anzuwenden und weiterzuentwickeln, das neue politische Denken zu meistern und zu entfalten, sich zu Dogmatismus, spießbürgerlicher Moral, sozialer Konsumentlerideologie und Amtsmißbrauch unduldsam zu verhalten. Man muß eine Atmosphäre freier Gegenüberstellung von Ansichten und Meinungen schaffen, die kleinliche Bevormundung und die Überreste des Kommandostils bei der Leitung der Wissenschaft und Kultur entschieden überwinden.

Die Partei wird erst dann alle gesellschaftlichen Kräfte für die Bekämpfung des Bürokratismus gewinnen und dabei reale Erfolge erzielen, wenn sie ein überzeugendes Beispiel der Demokratisierung der eigenen Tätigkeit und des innerparteilichen Lebens sowie ihrer Säuberung von allerlei bürokratischen Überlagerungen liefert.

2. Die Konferenz bewertet positiv die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des XXVII. Parteitags der KPdSU und des Juniplenums des ZK der KPdSU (1987) eingeleiteten Maßnahmen zur Umgestaltung der Leitung, zur Reduzierung ihrer Struktureinheiten und des Apparats und ist der Ansicht, daß diese Arbeit nichthinausgezögert und nicht auf eine kurzfristige Kampagne und mechanische Reorganisierung beschränkt werden darf. Sie muß ununterbrochen betrieben werden und eine Übereinstimmung des Leitungssystems mit den sich in der Gesellschaft beständig vollziehenden Wandlungen absichern.

Es ist zu erreichen, daß die Leitungsfunktionen immer mehr von oben nach unten übertragen werden, wobei die Zentralleitung in erster Linie auf die Hauptfragen zu konzentrieren ist. Von besonderer Bedeutung sind die Vervollkommnung der Leitung unmittelbar im Produktionsbereich, die strikte Einhaltung der vom Gesetz festgelegten Rechte der Arbeitskollektive durch die Leiter sämtlicher Ebenen, die Aktivierung der Arbeit ihrer Räte.

Es ist Pflicht der Parteiorganisationen und aller Kommunisten, die strikte Befolgung des Prinzips anzustreben: Der Leitungsapparat steht im Dienste der gewählten Organe, der Sowjetmacht und des Volkes und ist ihnen vollständig rechenschaftspflichtig. Verfassungswidrig sind seine Handlungen, die zur Entstellung, zum Auslaugen der Gesetze und Regierungsbeschlüsse führen. Zur Arbeitsnorm des Apparats müssen seine Offenheit, Zugänglichkeit für die Kontrolle und seine Überprüfung seitens der Werktätigen und der Öffentlichkeit werden.

Vordringlichste Aufgabe des Apparats ist die sachkundige Organisation der Sache. Zu diesem Zweck sind ernsthafte Veränderungen schon selbst an der Prozedur der Ausarbeitung und der Annahme von Leitungsbeschlüssen, eine maximale Vereinfachung dieser Prozedur, die Befreiung vom Kreislauf der Rückversicherungsvereinbarungen, der ausgeklügelten Anforderung unnützer Auskünfte und Daten, von der Basis, eine bedeutende Reduzierung des Rechnungswesens notwendig. Zu praktizieren ist die Unterbreitung von Varianten der Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme den Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit zur Begutachtung, zur volksumfassenden Erörterung oder zur Diskussion auf Volksentscheiden.

Es gilt, die Funktionen und die Verantwortung jeder Leitungseinheit und ihrer Mitarbeiter exakt zu umreißen und abzugrenzen. Unbeirrt muß die Leninsche Weisung ins Leben umgesetzt werden: „...unter allen Umständen muß die Kollektivität begleitet sein von der genauesten Festlegung der persönlichen Verantwortung jeder Person für eine genau umrissene Sache."

Die Konferenz spricht sich dafür aus, entschieden die Situation zu ändern, bei der die Leitungsorgane für die negativen Folgen ihrer Tätigkeit praktisch keine Verantwortung tragen, die Vollzieher, die Arbeitskollektive jedoch über keine realen Mittel zu ihrer Beeinflussung verfügen. Es ist notwendig, den Leitungsapparat in den Bereich der neuen Wirtschaftskontakte und Beziehungen einzuschalten, die Gleichmacherei bei der Entlohnung der Leitungskader zu überwinden und sie mit den durch wirtschaftliche Rechnungsführung erzielten Arbeitsresultaten der Zweige, Betriebe, Organisationen und Territorien in ein Direktverhältnis zu bringen.

Bei der Bekämpfung des Bürokratismus gilt es, zugleich das Ansehen eines Leiters zu wahren und in jeder Weise zu festigen. Ausbildung und Qualifizierung der Leitungskader sind in breiterem Umfang zu betreiben, die Leitungskultur der Mitarbeiter des Verwaltungsapparats und der Fachleute ist beträchtlich zu erhöhen. Ein eingespielter, exakt funktionierender und flexibler Verwaltungsapparat muß sich als ein wirkungsvolles Werkzeug der Umgestaltung bewähren.

3. Es ist notwendig, die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und die Parteikomitees für die Werktätigen in vollem Maße zugänglich zu machen, jegliche Verzögerungen, Formalismus und bürokratisches Vorgehen in der Praxis des Leitungsapparates zu beseitigen sowie Situationen auszuschließen, wenn sich der Mensch angesichts der Gleichgültigkeit und Sturheit eines Bürokraten hilflos fühlt. Jedwede Versuche, die legitimen Rechte der Bürger durch amtliche Instruktionen und bürokratische Kniffe zu schmälern, müssen unterbunden werden.

In den Einrichtungen und Betrieben, in den Partei-, Staats- und Gewerkschaftsorganen ist die Gestaltung der Sprechstunden für Privatangelegenheiten der Bürger wesentlich zu verbessern. Die Weigerung, begründete Gesuche und legitime Forderungen der Werktätigen zu erörtern, ist als schwerwiegendes Amtsvergehen zu bewerten, das eine strenge Strafe bis hin zur Entlassung nach sich ziehen muß. Die Minister und andere leitende Mitarbeiter der Unions-, der Republik- und der örtlichen Organe sollen ihre Sprechstunden mit den Bürgern unmittelbar in den Arbeitskollektiven abhalten, die entstehenden Fragen operativ lösen und die besorgniserregenden Mängel beseitigen. Die Rechenschaftslegungen der Leiter dieser Organe in Arbeitskollektiven und am Wohnort müssen zur Norm werden.

Die Leiter der Parteiorgane bis zu den Sekretären des ZK der KPdSU müssen mit Kommunisten und Werktätigen systematisch zusammentreffen, um aktuelle Probleme der Tätigkeit der Parteiorganisationen und Arbeitskollektive zu lösen.

4. Die Konferenz fordert von allen Parteiorganisationen, bei der Bekämpfung des Bürokratismus weitgehend die Kaderpolitik anzuwenden. Es muß erreicht werden, daß die Auswahl und der Einsatz von Kadern öffentlich, nach dem Wetteiferprinzip erfolgen. Die Atmosphäre hoher Prinzipienfestigkeit, Kameradschaftlichkeit und Verantwortlichkeit der Leitungskader gegenüber ihren Wählerkollektiven ist voll ins Leben zurückzurufen. Die Parteiorganisationen müssen jenen Kommunisten ihr Vertrauen verweigern, die verantwortliche Posten bekleiden, sich aber zu ihrer Sache formell und zu den Belangen der Menschen hartherzig und gleichgültig verhalten. Man sollte sich von solchen Parteimitgliedern unverzüglich trennen sowie beliebige Anstalten unterbinden, sie in andere leitende Funktionen einzusetzen.

5. Als ein entscheidender Faktor bei der Ausmerzung des Bürokratismus erweisen sich die umfassende Macht des Volkes und die größtmögliche Gewinnung der Werktätigen für die Leitung der Angelegenheiten von Staat und Gesellschaft.

Die Konferenz hebt die außerordentliche Wichtigkeit der Schaffung eines einheitlichen Systems der gesellschaftlich-staatlichen Kontrolle hervor, das den gewählten Machtorganen untergeordnet wäre. Die Parteiorganisationen müssen es durchsetzen, daß es sich auf die Initiative und Aktivität der Volksmassen, der schöpferischen, Veteranen-, Frauen- und anderer Verbände stützt, die die Interessen verschiedener Schichten und Gruppen der Bevölkerung vertreten.

Die KPdSU erachtet es als ihre Pflicht, eine solche Atmosphäre im Land zu schaffen, in der jeder Bürger überzeugt wäre, daß den Bürokraten mit Hilfe der Sowjets der Volksdeputierten und den Organen der Volkskontrolle beizukommen ist, daß die Gewerkschaften seine Arbeits- und sozialen Rechte verteidigen werden und der Komsomol für die Interessen der jungen Menschen eintreten wird, daß die Rechtsschutzorgane der administrativen Willkür und den Verletzungen der Rechte und Freiheiten einen zuverlässigen Riegel vorschieben werden.

Die Konferenz erachtet es für notwendig, rechtliche Voraussetzungen für die Verstärkung des Kampfes gegen den Bürokratismus zu schaffen und sieht sie in den gegenwärtig erarbeiten Gesetzgebungsakten vor. Die Praxis der Anwendung des Gesetzes der UdSSR über gerichtliche Anfechtung der Handlung einer Amtsperson, die die Rechte des Bürgers verletzt, muß vervollkommnet werden.

Die Arbeit des Apparats muß regelmäßig auf Versammlungen der Bürger, der Arbeitskollektive und in öffentlichen Einrichtungen erörtert und bewertet werden.

Die Massenmedien sind aufgerufen, die Ausgangspunkte und Erscheinungsformen des Bürokratismus, konkrete Beispiele des erfolgreichen Kampfes gegen ihn zu zeigen. Bei der Bekämpfung der negativen Erscheinungen muß in vollem Maße ein solches Genre wie die Satire genutzt werden.

6. Von allen Parteiorganisationen fordert die Konferenz energische Maßnahmen zur Beseitigung jeglicher Elemente des Bürokratismus in der eigenen Tätigkeit, der Durchsetzung des Leninschen Arbeitsstils. Die Überprüfung der faktischen Erfüllung der Beschlüsse, der politischen Richtlinien der Partei muß auf ein qualitativ neues Niveau gehoben werden. Im Kampf gegen den Bürokratismus ist das eine Frage von erstrangiger Bedeutung, worauf die besondere Aufmerksamkeit der Kommunisten gelenkt werden muß, die in den Ministerien, zentralen Staatsorganen, in den Einrichtungen und Organisationen tätig sind, die unmittelbar mit der Befriedigung der Nöte und Belange der Menschen in Verbindung stehen.

Es muß die konsequente Verwirklichung des Prinzips der Rechenschaftslegung und Verantwortlichkeit aller Kommunisten in leitenden Funktionen vor der Parteigrundorganisationen gewährleistet und erreicht werden, daß jeder Leiter in engem Kontakt zu den Massen steht und ein Musterbeispiel an hohem fachlichen Können, an Liebe zur Arbeit, Bescheidenheit, Zugänglichkeit und Achtung der Menschen liefert.

Die Arbeit jeder Parteiorganisation muß sich auf dem Kollektivitätsprinzip aufbauen, die Praxis der systematischen Rechenschaftslegung der gewählten Parteiorgane auf den Plenartagungen der Parteikomitees und Versammlungen der Kommunisten sind zu verbessern, die Kritik und Selbstkritik sind weiter zu entwickeln, streng müssen Verletzungen der Innerparteilichen Demokratie geahndet werden. Nicht eine Parteiorganisation, nicht ein Mitarbeiter darf außer Kontrolle bleiben.

Im Kampf gegen den Bürokratismus muß man sich auf initiativreiche, schöpferische, gegenüber Konservatismus und Stagnation unversöhnliche Menschen stützen, die in der Praxis ihr Können bewiesen haben, mit demokratischen Methoden zu wirken. Gerade solche Menschen müssen allseitig unterstützt und zur Parteiarbeit empfohlen werden.

Die XIX. Unionskonferenz der KPdSU ruft die Kommunisten und alle Werktätigen auf, aktiver den Kampf gegen den Bürokratismus in allen Leitungsgliedern, in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens zu führen.

Über zwischennationale Beziehungen

1. Der von W. I. Lenin gegründete sozialistische Sowjetstaat verkörpert den revolutionären Willen und das Streben der multinationalen Familie gleichberechtigter Völker. Die Gemeinsamkeit ihrer historischen Geschicke ist die Grundlage der internationalen sozialistischen Brüderlichkeit. Das Ergebnis der Anstrengungen vieler Generationen von sowjetischen Menschen ist die einzigartige Union der Sowjetrepubliken. Auf ihrem Banner stehen die internationale Einheit der Werktätigen aller Nationalitäten und Völkerschaften der UdSSR, das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, die Wiedergeburt und die Entwicklung der nationalen Kulturen, die Beschleunigung des Fortschritts früher zurückgebliebener nationaler Regionen und Überwindung des Nationalhaders. Es ist ein in sich geschlossener Volkswirtschaftskomplex — die materielle Grundlage für die Einheit der Völker der UdSSR — geschaffen worden. Das Wirtschafts-, Kultur- und Kaderpotential aller Unionsrepubliken und autonomen Gebiete ist unermeßlich gestiegen. Die neue historische Gemeinschaft — das Sowjetvolk — ist bereits Realität. Gesetzmäßig wächst das nationale Selbstbewußtsein.

Zu gleicher Zeit ging die Dynamik, die der Anfangsetappe der Bildung des multinationalen Staates eigen war, im wesentlichen verloren und wurde unterminiert durch die Abkehr von den Leninschen Prinzipien der Nationalitätenpolitik sowie durch Verletzungen der Gesetzlichkeit in den Perioden des Personenkults und der ideologischen und psychologischen Stagnation. Die Leistungen bei der Lösung der nationalen Frage wurden absolutisiert; es wurden Vorstellungen von problemfreien zwischennationalen Beziehungen durchgesetzt. Unzureichend berücksichtigt wurde die Notwendigkeit der sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung einzelner Republiken, autonomer Gebilde und nationaler Gruppen. Viele akute Fragen, die sich allein aus dem Verlauf der Entwicklung der Nationen und der Völkerschaften ergaben, wurden nicht rechtzeitig gelöst. Das führte zur Unzufriedenheit in der Gesellschaft, die mitunter Konfliktcharakter annahm. Man hat auch jetzt noch mit Fakten des nationalen Egoismus und der Überheblichkeit, der Rentnerideologie und des Lokalpatriotismus zu tun. Die negativen Erscheinungen, die sich in Jahrzehnten angehäuft hatten, wurden lange ignoriert, unterdrückt und von der Partei nicht in gebührendem Maße bewertet. Die Umgestaltung, Demokratisierung und Offenheit haben diese Erscheinungen bloßgelegt und zugleich die erforderlichen Bedingungen für ihre demokratische Überwindung geschaffen.

2. Die Parteikonferenz erachtet es als eine Aufgabe von historischer Tragweite, die Leninschen Normen und Prinzipien der Nationalitätenpolitik beharrlich durchzusetzen und schöpferisch zu entwickeln, sie entschieden von Muschelkalk und Deformationen zu befreien. Als Grundlage dafür dienen der vom XXVII. Parteitag der KPdSU ausgearbeitete politische Kurs, der die Befriedigung der Interessen aller Nationalitäten und Völkerschaften mit den Interessen und Belangen des Landes verbindet, sowie die internationalisti-

(Schluß S. 2)

Resolutionen der XIX. Unionskonferenz der KPdSU

(Schluß)

sche Ideologie, die unvereinbar mit beliebigen Erscheinungen von Chauvinismus und Nationalismus ist.

Die Entwicklung der Selbständigkeit der Unionsrepubliken und der autonomen Gebiete sieht die Partei in der unzerstörbaren Verbindung mit deren Verantwortung für die Festigung und den Fortschritt unseres Vielvölkerstaates. Das sozialistische Ideal ist keine geisttötende Vereinheitlichung, sondern eine lebensvolle und dynamische Einheit in ihrer nationalen Mannigfaltigkeit.

3. Die Parteikonferenz vertritt die Auffassung, daß im Rahmen der Umgestaltung des politischen Systems dringende Maßnahmen zur weiteren Entwicklung und Festigung der sowjetischen Föderation auf der Grundlage von demokratischen Prinzipien realisiert werden müssen. Dabei geht es vor allem um den Ausbau der Rechte der Unionsrepubliken und autonomen Gebilde durch die Auseinanderhaltung der Kompetenzbereiche der UdSSR und der sowjetischen Republiken, durch die Dezentralisierung einiger Leitungsfunktionen und deren Übergabe an die Basis sowie durch die Erhöhung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit in Wirtschaft, Kultur und Naturschutz.

Eine der zentralen Aufgaben besteht darin, Bedingungen für eine große Selbständigkeit der Regionen zu schaffen und solche Formen der Zusammenarbeit zu verwirklichen, unter denen jede Republik an der Verbesserung der Endergebnisse ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit als Grundlage des eigenen Wohlstandes, der Vermehrung des allgemeinen Reichtums und der Macht des sowjetischen Staates interessiert wäre. Die radikale ökonomische Reform und der Prozeß der Demokratisierung lassen breiten Spielraum für die optimale Verbindung der Interessen der nationalstaatlichen Formationen und des Landes insgesamt. Die Sache muß so organisiert werden, daß die Werktätigen genau wissen, wieviel die Republik oder das Gebiet produziert, welchen Beitrag es zur Wirtschaft des Landes erbringt und wieviel es erhält. Die Idee des Übergangs der Republiken und Regionen auf die Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung mit der genauen Bestimmung ihres Beitrags zur Lösung des Unionsprogramms, verdient Aufmerksamkeit.

Die Internationalisierung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens ist ein gesetzmäßiger Prozeß. Jedes Streben nach nationaler Abgeschlossenheit kann nur zur ökonomischen und geistigen Verarmung führen.

Auf gesetzlicher Grundlage muß ein qualitativ neuer Mechanismus der Formierung der Republik- und örtlichen Haushalte erarbeitet werden und ihre Rolle bei der Lösung von Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der Regionen muß gehoben werden. Es ist notwendig, die effektive Wechselwirkung der territorialen Leitungsorgane mit den Ministerien und zentralen Staatsorganen der UdSSR, den Betrieben, die einem Unionsorgan unterstellt sind, zu gewährleisten; die Verantwortlichkeit sowohl der Republik- als auch der Unionsleitungsorgane für die Komplexentwicklung jeder Region ist zu erhöhen. Die Fragen der Entwicklung der direkten Verbindungen der Republiken harren einer rechtlichen Überarbeitung und ihrer praktischen Lösung.

Diejenigen Einrichtungen des politischen Systems, durch die die nationalen Interessen ermittelt und abgestimmt werden, sind zu aktivieren. Erstrangige Bedeutung hat in Verbindung damit die Erhöhung der Rolle des Sowjets der Volksdeputierten, besonders des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, seiner ständigen Kommissionen sowie der Regierung der UdSSR. Es wurde als zweckmäßig erachtet, im Obersten Sowjet der UdSSR, in den Obersten Sowjets der Unions- und autonomen Republiken und in den örtlichen Sowjets, wo dies erforderlich ist, ständige Kommissionen für Fragen der Beziehungen zwischen den Nationalitäten zu bilden. Es wird vorgeschlagen, die Frage über die Bildung eines speziellen staatlichen Organs für Angelegenheiten der Nationalitäten und der nationalen Beziehungen zu erörtern.

Die Konferenz hat empfohlen, unter Berücksichtigung der neuen Realitäten die Gesetzgebung über die Unions- und autonomen Republiken sowie die autonomen Gebiete und Bezirke zu erneuern und zu entwickeln, um ihre Rechte und Pflichten sowie die Prinzipien der Selbstverwaltung und der Vertretung aller Nationalitäten in den Machtorganen im Zentrum und an der Basis vollständiger widerzuspiegeln. Das fordert die Einarbeitung der entsprechenden Veränderungen in die Verfassung der UdSSR sowie die Verfassungen der Unions- und autonomen Republiken.

4. Es ist wichtig, daß der ökonomische und soziale Fortschritt in jeder nationalen Region von einem geistigen Fortschritt mit Akzentuierung der kulturellen Selbständigkeit der Nationalitäten und Völkerschaften begleitet wird. Die sozialistische Kultur, die sich als eine multinationale Kultur entwickelt, muß auch weiterhin ein mächtiger Faktor der ideologischen und moralischen Festigung unserer Gesellschaft bleiben.

Es gilt, dafür zu sorgen, daß die Nationalitäten, die außerhalb ihrer staatlichen territorialen Gebilde leben oder solche nicht besitzen, mehr Möglichkeiten für die Befriedigung der nationalen und kulturellen Belange haben, besonders im Bereich des Bildungswesens, der Kontakte, des Volksschaffens sowie der Schaffung nationaler Kulturstätten, der Nutzung der Massenmedien und der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse.

Das wichtigste Prinzip unseres multinationalen Staates ist die freie Entwicklung und gleichberechtigte Anwendung der Muttersprachen und die Beherrschung der russischen Sprache durch alle Bürger der UdSSR, wobei die letztere von den Sowjetmenschen freiwillig als Mittel der zwischennationalen Kontakte angenommen wurde. Es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die nichtrussisch-russische Zweisprachigkeit sich harmonisch und natürlich, gemäß den Besonderheiten jeder Region entwickelt und frei vom Formalismus ist. Es ist notwendig, besser für das aktive Funktionieren der Nationalsprachen in verschiedenen Bereichen des staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu sorgen. Das Erlernen der Sprache des Volkes, nach dem die Republik benannt ist, durch die Bürger anderer auf ihrem Territorium lebenden Nationalitäten, in erster Linie durch die Kinder und die Jugend, ist zu fördern. All das darf nicht den demokratischen Prinzipien einer freien Wahl der Unterrichtssprache gegenübergestellt werden.

5. Jede Generation der Sowjetmenschen geht die Schule des Patriotismus und des Internationalismus auf eigene Art durch. Es kommt darauf an, daß diese Werte sich bereits bei den ersten sozialen Erfahrungen der Persönlichkeit, begonnen mit dem Elternhaus und der Schule, mit der Pionier- und der Komsomolorganisation, organisch verbinden, daß sie in untrennbarer Einheit auftreten, nationalen Nihilismus sowie nationale Isoliertheit ausschließen. Es gilt, den Ursprung der Freundschaft unserer Völker aufzuzeigen, die Kultur der zwischennationalen Kontakte aktiv zu prägen, Achtung der Traditionen, der Sprache, der Kunst, der Geschichte der Völker unseres Landes und anderer Völker der Welt anzuerziehen. Zu einer wahren Schule des Internationalismus muß der Dienst in den Streitkräften der UdSSR werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die gesellschaftspolitische Bedeutung des Gründungstages der UdSSR als Volksfest zu fördern ist.

Das Leben hat überzeugend vor Augen geführt: Dort, wo die Praxis des sowjetischen Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus entkräftet wird, werden nationale Beschränktheit und chauvinistische Eitelkeit aktiv. Der Kampf gegen diese abnormen Erscheinungen, die Abschaffung ihrer Ursachen ist die Bürgerpflicht jedes Sowjetmenschen. Beliebige Aktionen, die die Nationen und Völkerschaften entfremden, Versuche, die Rechte der Bürger beliebiger Nationalität zu verletzen, müssen als moralisch unannehmbar und als den Interessen des Sowjetstaates zuwiderlaufend betrachtet werden.

Man muß es lernen, zwischen wahren nationalen Interessen und ihren nationalistischen Abweichungen zu unterscheiden. Beliebige Ansprüche auf nationale Ausschließlichkeit sind unzulässig und beleidigend, darunter auch für das Volk, in dessen Namen sie ausgesprochen werden. Es gilt, im Geiste der Leninschen Tradition vor allem gegen den „eigenen" Nationalismus und Chauvinismus zu kämpfen, und dies müssen vor allem die Vertreter der entsprechenden Nationalität tun.

6. Die Konferenz stellt fest, daß der multinationale Charakter des sowjetischen Volkes unter den Bedingungen unseres Landes ein unversiegbarer Born der Entwicklung und gegenseitigen geistigen Bereicherung der Völker ist. Die Formierung einer sozialistischen, internationalistischen Lebensweise ist Angelegenheit der ganzen Partei und aller Sowjetmenschen. Für die Erreichung dieses Ziels gilt es, die politischen Erfahrungen, die Arbeitsmoral und das sittliche Potential der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz sowie ihre innigste Zugetanheit dem gutnachbarlichen Gemeinschaftsleben verschiedener Völker zu mobilisieren. Eine besondere Rolle kommt dabei der sowjetischen Intelligenz zu. Die gesamte Situation der nationalen Beziehungen hängt in hohem Maße von ihrer staatsbürgerlichen Reife und von der Tiefe der Erkenntnis der Grundinteressen ihres Volkes und der ganzen Gesellschaft ab.

Beliebige nationale Probleme fordern ein erwogenes, allseitiges Vorgehen auf der Grundlage einer tiefschürfenden Analyse und objektiven Einschätzung der jeweiligen konkreten Situation. Sie müssen gelassen, mit äußerstem Verantwortungsgefühl, im Rahmen der sozialistischen Demokratie und Gesetzlichkeit, vor allem durch Entgegenkommen, unter Berücksichtigung der sich entfalteten Prozesse der revolutionären Erneuerung gelöst werden, ohne der internationalistischen Geschlossenheit des sowjetischen Volkes zu schaden. Es muß darauf hingewirkt werden, solch ein Gesellschaftsklima zu schaffen, bei dem der Vertreter einer beliebigen Nationalität sich im beliebigen Teil unseres sozialistischen Vaterlandes zu Hause fühlt.

7. Die heutige Nationalitätenpolitik braucht eine tiefschürfende wissenschaftlich-theoretische Erforschung. Das ist ein verantwortungsvoller sozialer Auftrag an die Forschungsinstitutionen und Fachleute. Um ihn erfolgreich zu erfüllen, müssen die entsprechenden organisatorischen und kadermäßigen Voraussetzungen geschaffen und die Bemühungen der Wissenschaftler vereint werden. Es ist zweckmäßig, die Frage der Bildung eines Unionsforschungszentrums zur komplexen Erforschung aktueller Probleme der nationalen Beziehungen zu prüfen und die Forschungstätigkeit bzw. Informationsarbeit in diesem Bereich zu erweitern.

8. Als bindende Kraft, als die Seele des sozialistischen Völkerbundes, als aktive Durchführer des Internationalismus müssen die Parteiorganisationen, die Kommunisten aller Nationalitäten auftreten. Sie müssen durch ihre gesamte Tätigkeit den Zusammenschluß der Werktätigen um die Aufgaben der Umgestaltung sichern, eine gesunde öffentliche Meinung herausbilden und die Menschen anführen. Es ist notwendig, im Geiste der Leninschen Forderungen einen festen Kurs darauf zu steuern, daß in den Partei-, Staats-, Gewerkschafts-, Komsomol- und Wirtschaftsorganen, darunter auch auf Unionsniveau sämtliche Nationen und Völkerschaften vertreten sind, daß die Zusammensetzung der leitenden Kader möglichst vollständig die nationale Struktur der sowjetischen Gesellschaft widerspiegelt.

Die Konferenz unterstützt den Vorschlag des Politbüros des ZK der KPdSU über die Durchführung eines Plenums des ZK zu Fragen der nationalen Beziehungen.

Die Konferenz bringt ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß in der Konsolidierung und der Einheit aller Sowjetvölker unsere Gegenwart und Zukunft liegen. Es ist die patriotische und internationalistische Pflicht jedes Staatsbürgers, jedes Kommunisten, alles zu pflegen und zu mehren, was dem Zusammenschluß der sowjetischen Gesellschaft als die Grundlage einer freien Entwicklung und des Gedeihens aller Völker der UdSSR und der Verstärkung der Macht unseres gemeinsamen Vaterlandes dient. Dazu forderte uns W. I. Lenin auf, und diesen Weg geht die Kommunistische Partei.

Über Offenkundigkeit

1. Ausgehend von Interessen des Sozialismus und der Umgestaltung, betrachtet die XIX. Unionsparteikonferenz die weitere Entwicklung der Offenheit als eine der wichtigsten politischen Aufgaben.

Die ersten drei Jahre der Umgestaltung haben überzeugend bewiesen, daß die Offenheit in der Tätigkeit der Partei-, Staats- und gesellschaftlichen Organisationen, Massenmedien die Entfaltung der realen Kritik und Selbstkritik und die Transparenz und Wahrheit in der Politik der Partei und dem ganzen Volk geholfen haben, ihre Vergangenheit und die Gegenwart besser zu verstehen, die Bremsfaktoren aufzudecken und die starken patriotischen Kräfte zu einer aktiven und zielstrebigen Arbeit für das Wohl des Landes und des Sozialismus zu mobilisieren. Gerade die Einschaltung der Offenheit in das gesellschaftliche Leben hat geholfen, die Situation im Lande unter Heranziehung der Öffentlichkeit tiefgehend und objektiv einzuschätzen, prinzipielle Lösungen der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung kollegial auszuarbeiten und eine aktive und engagierte Unterstützung des Kurses der KPdSU auf Umgestaltung zu gewährleisten.

Die Konferenz betrachtet die Offenheit als einen sich entwickelnden Prozeß und unterstreicht, daß ihr konsequenter Ausbau zu einer unerläßlichen Bedingung für die Offenbarung des demokratischen Wesens der sozialistischen Ordnung und ihrer Ausrichtung auf den Menschen, der Heranführung der Persönlichkeit an die Angelegenheiten der Gesellschaft, des Staates und des Kollektivs, als eine wirksame Garantie gegen die Deformierung des Sozialismus auf der Grundlage der volksumfassenden Kontrolle der Tätigkeit aller sozialen Institute, der Macht- und Verwaltungsorgane werden soll.

Die Konferenz sieht in der Offenheit die notwendige Bedingung für die Realisierung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes, der verfassungsmäßigen Rechte, Freiheiten und Pflichten der Bürger eine Methode der Gegenüberstellung und Akkumulierung der gesamten Vielfalt der in der sowjetischen Gesellschaft vorhandenen Interessen, des sozialistischen Pluralismus der Meinungen sowie einen wirksamen Weg zur Festigung des Internationalismus, zur Erziehung im Geiste des sozialistischen Patriotismus und zur Behauptung des humanistischen Wesens des Sozialismus. Die Offenheit in allen Lebensbereichen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine weitere Vertiefung der Prozesse der Umgestaltung und ihrer Unumkehrbarkeit.

Die Positionen der Regierungen und Völker aufzeigend, hilft die Offenheit in der internationalen Arena der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit, der Festigung der Ideen der Schaffung einer kernwaffen- und gewaltfreien Welt und der Herausbildung moderner, zivilisierter internationaler Beziehungen. Als ein Mittel der Umsetzung der Prinzipien einer offenen Außenpolitik ins Leben, hilft sie, gesellschaftliche Organisationen, Arbeitskollektive, werktätige Massen, Wissenschaftler und Kulturschaffende in internationale Kontakte einzuschalten und die Volksdiplomatie zu entfalten, fördert die Lösung komplizierter internationaler Probleme auf zwischenstaatlicher und der Zwischenregierungsebene.

Letzten Endes dienen die Offenheit, Kritik und Selbstkritik den Interessen des Volkes, spiegeln die Transparenz des politischen Systems der Gesellschaft wider und zeugen beredt von ihrer Kraft, politischer Lebensfähigkeit und geistiger Gesundheit.

2. Zugleich stellt die Konferenz fest, daß die Offenheit als ein wirksames Werkzeug der Umgestaltung selbst einer Vertiefung und Unterstützung bedarf. Bedeutende Mengen von Informationen bleiben der breiten Öffentlichkeit noch unzugänglich und werden nicht zur Beschleunigung der sozialökonomischen und geistigen Entwicklung, zur Steigerung der politischen Kultur der Massen und der Verwaltungskader genutzt.

Es kommt noch vor, daß Versuche unternommen werden, die Offenheit in der Tätigkeit der Partei-, Staats- und Massenorganisationen sowie der Kollektive und Massenmedien zu hemmen. Auf ihrem Wege werden nicht selten ressortbedingte Barrieren errichtet. Das Bestreben, die jeweiligen Mängel, Mißbräuche, Fälle von Bürokratismus und kommunistischer Überheblichkeit sowie andere negative Erscheinungen publik zu machen, stoßen auf administrativen Widerstand. Die Zahl der Zuschriften von Werktätigen mit verschiedenen Arten von Klagen an die Parteiorgane und Massenmedien verringert sich nicht. Es kommt noch immer vor, daß die Menschen wegen Kritik verfolgt werden und daß mit ihnen dafür sogar abgerechnet wird. Noch nicht überwunden sind Fälle, wo die Offenheit im Interesse persönlicher und Gruppenambitionen mißbraucht wird, was die normalen Kontaktbeziehungen und die gegenseitigen kameradschaftlichen Ansprüche zwischen den Menschen zerstört. Nicht immer wird das unverrückbare Prinzip der wahren Offenheit realisiert, nach dem die freie Meinungsäußerung der Erhebung der Persönlichkeit und dem Schutz ihrer Würde dienen muß und nicht ihrer Untergrabung durch Verleumdung und Anschwärzung.

Die Konferenz unterstreicht, daß die konsequente Erweiterung der Offenheit eine unveräußerliche Voraussetzung für die Entfaltung der Prozesse der Demokratisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens und der Erneuerung des Sozialismus ist. Die Offenheit ausbauend, läßt sich die Partei stets von dem Leninschen Hinweis leiten, daß die Massen alles wissen, über alles eine Meinung haben und an alles bewußt herangehen müssen. Die Kommunistische Partei und das ganze Sowjetvolk brauchen die Wahrheit, eine vollständige und objektive Information über alles, was in der Gesellschaft vor sich geht. Die Offenheit muß der Konsolidierung aller gesellschaftlichen Kräfte um die Ideen und Prinzipien der Umgestaltung dienen.

3. Die Konferenz sieht eine dringende Aufgabe der Partei darin, zur Durchsetzung und Entwicklung der Hauptprinzipien der Offenheit mit allen Mitteln beizutragen: des unveräußerlichen Rechtes eines jeden Staatsbürgers darauf, umfassende und glaubwürdige Informationen zu jeder Frage des öffentlichen Lebens zu bekommen, die kein Staats- bzw. Militärgeheimnis sind, sowie des Rechtes auf offene und freie Diskussion jeder gesellschaftlich relevanten Frage.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die KPdSU ein Beispiel für die Initiative bei der Entfaltung der Offenheit geben muß. Breite Informiertheit der Kommunisten und der Bevölkerung über die Arbeit der leitenden Organe der KPdSU und der örtlichen Parteiorganisationen, ihrer Komitees, über die Tätigkeit der leitenden Kader; Transparenz der Parteiforen und -versammlungen; freie Erörterung von Fragen des Parteilebens und der Leitung des sozialistischen Aufbaus durch die Partei; aufmerksames Vorgehen bei der Prüfung von kritischen Bemerkungen, Meinungen und Vorschlägen der Werktätigen; Veröffentlichung und Erörterung der Entwürfe wichtiger Beschlüsse — all das sind die wichtigsten Merkmale des offenen Charakters der Politik der KPdSU und der Festigung ihrer Verbindung mit der Gesellschaft.

Es ist als die Pflicht der Parteiführer aller Ebenen, der Mitglieder von gewählten Parteiorganen anzusehen, regelmäßig vor den Parteiorganisationen wie auch in Arbeitskollektiven und vor der Bevölkerung mit Informationen und Rechenschaftslegungen über ihre Arbeit aufzutreten. Es ist die Pflicht der Parteiorganisationen, Offenheit sowie das Vermögen zu kultivieren, eine demokratische Polemik und kameradschaftliche Diskussion zu führen.

Die Konferenz erkennt es als notwendig, die bestehenden Verordnungen und Vorschriften für die Arbeit der Parteikomitees und -organisationen mit den Forderungen der Demokratisierung des Parteilebens in Übereinstimmung zu bringen. Es ist freier Zutritt der Mitglieder der gewählten Parteiorgane auf Sitzungen des ihnen rechenschaftspflichtigen Büros des Parteikomitees, darunter des Politbüros des ZK der KPdSU, sowie das Recht vorzusehen, Dokumente, Informationen und Angaben zu benutzen, über die das Parteikomitee und sein Apparat verfügt.

Besondere Bedeutung mißt die Konferenz der Offenheit in der Kaderpolitik, der Entwicklung eines demokratischen, sich auf die öffentliche Meinung stützenden Mechanismus der Förderung leitender Kader bei.

4. Die Konferenz bekräftigt, daß Transparenz und offener Zutritt für die Kontrolle und Kritik der Massen eine unerläßliche Bedingung für ein effektives Funktionieren der Organe der Staatsmacht ist. Es gilt, die Offenheit in allen Abschnitten ihrer Tätigkeit, bei der Planung und Leitung zu entfalten, die öffentliche Meinung zu erforschen und zu berücksichtigen, eine öffentliche Diskutierung gesamtstaatlicher und regionaler, wissenschaftlicher, nationaler, jugendlicher, ökologischer, sozialer und anderer Probleme zu praktizieren.

Die Leiter der Betriebe und Institutionen, der Kolchosvorstände und Genossenschaften, der Räte der Arbeitskollektive haben offen zu handeln. Die Werktätigen müssen über die Lösung von Produktions- und sozialen Fragen auf dem laufenden sein, die Resultate der Tätigkeit und die Finanzlage ihrer Kollektive kennen. Die Administration ist verpflichtet, das Kollektiv rechtzeitig mit den Entwürfen von Beschlüssen bekanntzumachen, die die Interessen der Menschen berühren, und deren Einstellung zu den geplanten Maßnahmen ermitteln.

Die Offenheit ist ein für die Tätigkeit der Volkskontrolle und Rechtsschutzorgane obligatorisches Merkmal. Es gilt, deren Arbeitsleistungen, die statistischen Angaben über den Stand der Kriminalität und über Maßnahmen ihrer Verhütung systematisch zu veröffentlichen.

Die unbegründeten Einschränkungen bei der Benutzung statistischer Informationen über die sozialökonomische und politische Entwicklung der Gesellschaft, bzw. über die ökologische Situation müssen aufgehoben werden. Es gilt, ein auf moderner Technologie beruhendes System der Sammlung, Bearbeitung und Verbreitung von Informationen zu schaffen, die Zugänglichkeit sämtlicher Bibliotheksfonds zu gewährleisten und die Benutzung von Archivmaterialien auf Rechtsgrundlage zu regeln.

Die Konferenz fordert alle Massenorganisationen auf, ihre Satzungsfunktionen offen und öffentlich auszuüben und die Bevölkerung weitgehend über die Arbeit der Parteitage, Konferenzen, der Wahlorgane und die von ihnen getroffenen Entscheidungen zu informieren.

5. Die Konferenz verweist auf die wichtige Rolle der Massenmedien bei der Erweiterung der Offenheit. Sie sind berufen, die Tätigkeit der Partei-, Staats- und Massenorganisationen allseitig widerzuspiegeln, der Konsolidierung der sozialistischen Gesellschaft zu dienen, aktiv die gesammelten Erfahrungen zu propagieren und ein Werkzeug der allgemeinen Kontrolle der Sachlage im Lande zu sein. Die Konferenz hält es für unzulässig, kritische Beiträge der Presse zurückzuhalten und unobjektive Informationen zu veröffentlichen, die Ehre und Würde des Staatsbürgers verletzen. Die Offenheit setzt eine soziale, rechtliche und moralische Verantwortung der Massenmedien voraus. Unveräußerliche Anforderungen müssen in diesem Bereich großer ideologischer Gehalt und Moral, Kompetenz, strikte Einhaltung der Berufsethik, bedingungslose Glaubwürdigkeit der Information, das Recht eines kritisierten Staatsbürgers auf die Veröffentlichung einer begründeten Antwort in demselben Presseorgan sein. Offenheit und Kritik dürfen nicht zum Nährboden für Fraktionsbildung, Demagogie sowie nationalen, regionalen oder korporativen Egoismus werden. Es gilt, die Standpunkte aller diskutierenden Seiten in den Massenmedien objektiv und unentstellt widerzuspiegeln. Niemand besitzt ein Monopol auf Wahrheit, so daß es auch kein Monopol auf Offenheit geben kann.

6. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Offenheit sich vollständig bewährt hat und größtmöglich weiter zu entwickeln ist. Zu diesem Zweck ist es für notwendig zu erachten, rechtliche Garantien der Offenheit einzuführen und eine verfassungsmäßige Verankerung des Rechtes der Bürger der UdSSR auf Informiertheit vorzusehen. Es sind Gesetzgebungsakte auszuarbeiten, die die Rechte und Pflichten des Staates, der Amtspersonen und der Bürger bei der Realisierung der Prinzipien der Offenheit festlegen. Es ist ein System der ständigen und ausführlichen Informierung der Werktätigen über die Sachlage im Betrieb, in Stadt und Land, im Gebiet, in der Republik und im Land zu schaffen und dabei das Recht der Bürger, Massenmedien, Arbeitskollektive und Massenorganisationen zu verankern, die sie interessierenden Informationen zu erhalten. Es ist notwendig, exakte Grenzen für den erforderlichen Geheimhaltungsgrad und die Dienstgeheimnisse festzulegen sowie Verantwortung für die Verbreitung von Angaben festzusetzen, die der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit, der Gesundheit und der Moral der Bevölkerung abträglich sind, und ebenso Verantwortung für die Behinderung der Wahrnehmung des Bürgerrechtes auf Informationen, für ihre Verheimlichung, für Verzerrung und für rechtswidrige Anwendung.

Unzulässig sind Mißbrauch der Offenheit, bei dem den Interessen des Sowjetstaates, der Gesellschaft und den Rechten der Persönlichkeit geschadet sowie Krieg, Gewalttätigkeit und Rassismus, nationale und religiöse Intoleranz propagiert wird. Gewaltkult und Pornographie dürfen ebenfalls nicht verbreitet werden. Unzulässig ist auch die Manipulierung mit der Offenheit.

Während die Partei und die sowjetische Gesellschaft die Offenheit in den Partei-, Staats- und Gesellschaftsangelegenheiten sowie in den Massenmedien konsequent durchsetzen und ausbauen, setzen sie die gewaltigen Potenzen der sozialistischen Ordnung, ihre grundlegenden Reserven in Aktion. Ohne Offenheit gibt es weder die Umgestaltung noch die Demokratie. Offenheit ist die natürliche Atmosphäre für das Leben und den Fortschritt des demokratischen und humanen Sozialismus.

Die Konferenz ruft alle Kommunisten, alle Parteiorganisationen auf, das Wort der Wahrheit in die Massen zu tragen, intensiv den sozialistischen Demokratismus zu entwickeln und günstige Voraussetzungen für eine lebendige, freimütige Diskussion beliebiger Fragen, für Offenbarung von Initiative und schöpferischen Gedanken der sowjetischen Menschen zu schaffen.

Die Konferenz bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß alle Kommunisten dazu beitragen werden, die Offenheit als die Norm im Leben der sozialistischen Gesellschaft durchzusetzen.

Über die Reform des Rechtswesens

1. Die Unionsparteikonferenz stellt fest, daß in der Zeit seit dem Aprilplenum des ZK der KPdSU (1985) weitreichende Maßnahmen zu einer rechtlichen Absicherung der Umgestaltung getroffen wurden. Jedoch sind sie nur als Beginn einer großen Arbeit einzuschätzen, die mit der Bildung eines sozialistischen Rechtsstaates verbunden ist. In den kommenden Jahren muß im Lande eine umfassende Rechtsreform realisiert werden, die berufen ist, das Dominieren des Gesetzes in allen Bereichen des Lebens der Gesellschaft zu gewährleisten und den Mechanismus der Aufrechterhaltung der sozialistischen Rechtsordnung auf der Grundlage der Entwicklung der Volksmacht zu verstärken.

2. Große Bedeutung gewinnt die Verbesserung der Gesetzgebungstätigkeit der höchsten Machtorgane der UdSSR, der Unions- und der autonomen Republiken, die auf die Festigung der Verfassungsordnung im Lande, auf die entschiedene Steigerung der Rolle der sowjetischen Gesetze, die die wichtigsten Bereiche der gesellschaftlichen Beziehungen regulieren, sowie auf die konsequente Durchsetzung des Prinzips gerichtet sind, laut dem alles gestattet ist, was das Gesetz nicht verbietet. Von besonderer Bedeutung ist die Demokratisierung des Gesetzgebungsprozesses, der auf der Grundlage der Offenheit, der kompetenten wissenschaftlichen Einschätzung und der Erörterung der Gesetzentwürfe durch die breite Öffentlichkeit, durch das ganze Volk erfolgen muß.

3. Einen unveräußerlichen Bestandteil der Rechtsreform sollen kardinale Überprüfung, Kodifikation und Systematisierung der Gesetzgebung bilden. Unter dem Gesichtspunkt der neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung, der Humanisierung und Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, der Verstärkung der Prophylaxe der Rechtsverletzungen sind Veränderungen der Gesetzgebung über das sozialistische Eigentum, über die Planung, über die Finanz-, Steuer- und Wirtschaftsbeziehungen, über den Umweltschutz sowie der Normen vorzunehmen, die die Zivil-, Arbeits-, Wohnungs-, Renten- und andere Fragen des Lebens der Werktätigen regulieren, radikal die Straf-, Administrativ-, Verfahrens- und Strafvollzugsgesetzgebung zu revidieren. Erstrangige Bedeutung muß dem rechtlichen Schutz der Persönlichkeit beigemessen werden. Die Garantien der Verwirklichung der politischen, der wirtschaftlichen und der sozialen Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen sind zu festigen. Gleichzeitig gilt es, die ganze Verantwortung jedes Bürgers vor Arbeitskollektiv, Staat und Gesellschaft zu steigern. Zur Gewährleistung einer strikten Übereinstimmung der Gesetze und Beschlüsse der Regierung mit den Forderungen der Verfassung der UdSSR wäre es notwendig, ein Komitee für Verfassungsaufsicht zu gründen und die gesamte Kontrollarbeit zu verstärken, damit in den behördlichen Normativakten die Gesetzforderungen strikt eingehalten und die Zahl dieser Akten rapide zurückgeht.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Umgestaltung betrachtet die Konferenz die Steigerung der Rolle des Gerichts im System der sozialistischen Demokratie. Es gilt, wesentlich solche Grundlagen des sowjetischen Gerichtsverfahrens zu festigen, wie Wettbewerb, Offenheit, strikte Befolgung des Prinzips der Präsumption der Unschuld, Unzulässigkeit weder der Unduldsamkeit dem Angeklagten gegenüber noch der Vorschubleistung denen gegenüber, die die sowjetischen Gesetze übertreten. Man muß das Ansehen des Gerichts steigern, die völlige Unabhängigkeit der Richter und deren Unterordnung lediglich dem Gesetz gewährleisten sowie konkreten Maße der Verantwortung für die Einmischung in ihre Tätigkeit und für die Mißachtung des Gerichts gewährleisten. Eine der Garantien der Steigerung der Unabhängigkeit der Richter soll die Wahl der Rayon-, Stadt-, Bezirks-, Gebiets- und Regionsgerichte durch die höherstehenden Sowjets der Volksdeputierten werden sowie die Festlegung einer längeren Frist ihrer Vollmachten. Zwecks Hebung der Objektivität des Gerichts, der Rolle und der Verantwortung der Volksbeisitzer ist als zweckmäßig befunden worden, ihre Zahl bei der Behandlung äußerst komplizierter Fälle zu steigern.

5. Unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform, der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung entsteht die Notwendigkeit, die Vollmachten der Staatlichen Arbitrage in Sachen der Festigung der Vertragsdisziplin, der Verteidigung der Rechte der Betriebe und Genossenschaften zu erweitern, die Rolle der Justizorgane bedeutend zu steigern sowie die Rechtsabteilungen der Sowjets-, der Ministerien und anderen staatlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsorganisationen zu verstärken.

6. Es gilt, die Verantwortung der Staatsanwaltschaft entschieden zu heben und in vollem Maße die Leninschen Prinzipien der staatsanwaltschaftlichen Aufsicht wiederherzustellen, deren Aufgabe darin besteht, die Befolgung, einheitliche Auffassung und Anwendung der Gesetze im ganzen Lande zu überwachen und beharrlich Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit zu bekämpfen, unabhängig davon, von wem sie ausgehen. Dieser Aufgabe muß die weitere Festigung der Selbständigkeit der Staatsanwalte, die Ausschließung jeglichen Druckes auf sie und der Einmischung in ihre Tätigkeit dienen.

7. Ständige Beachtung erfordert die Verbesserung der Tätigkeit der Miliz, die Hebung der Kultur und der beruflichen Qualifikation der Mitarbeiter der Organe des Innern, die strikteste Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit durch sie, die Festigung der Beziehungen zu den Arbeitskollektiven und zu der Bevölkerung sowie die Beseitigung der hier vorhandenen Mißbräuche. Im Interesse einer besseren Nutzung der Möglichkeiten der Organe für Innere Angelegenheiten bei der Bekämpfung der Kriminalität scheint es zweckmäßig zu sein, die Untersuchung des größten Teils der Kriminalfälle im Untersuchungsapparat des Ministeriums für Innere Angelegenheiten zu konzentrieren, der als selbständige den Republik- und den örtlichen Organen des Inneren nicht unterstellte Struktureinheit auszusondern ist, sowie die Verantwortung der Untersuchungsrichter zu heben, die Rechtsgarantien der Gesetzlichkeit in ihrer Tätigkeit zu festigen und die staatsanwaltliche Aufsicht während der Voruntersuchung zu verstärken.

8. Eine wichtige Bedeutung mißt die Konferenz der Steigerung der Rolle der Anwaltschaft bei als einer sich selbst verwaltenden Assoziation zur Erweisung juristischer Hilfe für die Bürger, staatlichen Betriebe und Genossenschaften, zur Vertretung ihrer Interessen im Gericht sowie in anderen Staatsorganen und Gesellschaftsorganisationen. Die Teilnahme der Verteidiger an der Voruntersuchung und am Gerichtsverfahren muß erweitert werden.

9. Eine dringende Angelegenheit ist die kadermäßige Versorgung der Rechtsreform, welche die Schaffung eines wohldurchdachten Systems der Auswahl, Erziehung, Aus- und Weiterbildung von Juristen vorsieht, die in den Sowjets der Volksdeputierten, in der Volkswirtschaft sowie in der Miliz und in anderen Rechtsschutzorganen eingesetzt werden. Zu diesem Zweck muß auch eine Reorganisation der Ausbildung von Forschungskadern und Lehrkräften höchster Qualifikation verwirklicht werden, wobei ihre Losgelöstheit von der Praxis abzuschaffen und ihre Kompetenz bei der Lösung der mit Durchführung der Wirtschaftsreform verbundenen Rechtsfragen zu heben sind.

10. Die Bildung eines sozialistischen Rechtsstaates, die Reform des politischen Systems und die Einführung neuer Methoden der Wirtschaftsführung erfordern effektive Maßnahmen zur Umgestaltung der rechtlichen Erziehung der Bevölkerung, die Organisation einer allgemeinen juristischen Schulung als gesamtstaatliches und gesamtparteiliches Programm, das alle Schichten der Werktätigen, alle Kader im Zentrum und an der Basis umfaßt. Juristische Literatur muß jedem Sowjetmenschen zugänglich sein und in der nötigen Auflagenhöhe herausgegeben werden. Einen wichtigen Platz bei der Erziehung zur Achtung vor dem Sowjetgesetz, zur Kultur des sozialistischen Demokratismus und zu hoher staatsbürgerlicher Aktivität und Verantwortung nehmen die allgemeinbildende, die Berufs- und die Hochschule, die Massenmedien, die Verbände der Kulturschaffenden und andere Massenorganisationen ein.

11. Die Konferenz hält es für zweckmäßig, daß das Zentralkomitee, der Oberste Sowjet der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR gemeinsam mit Gesellschaftsorganisationen und wissenschaftlichen Institutionen bereits in der nächsten Zeit einen konkreten Aktionsplan für die Realisierung einer Rechtsreform in unserem Land ausarbeiten und realisieren.

Sowjetdeutsche: Blick in die Geschichte

Die Einwanderung

Die massenhafte Übersiedlung der Deutschen nach Rußland

„Das neunzehnte Jahrhundert ging über Rußland nicht als ein roserotes Morgenrot, sondern als Feuerschein der Kriegsbrände auf", schrieb der Schriftsteller und spätere Dekabrist Alexander Bestushew.

Die Kriege gegen Schweden und die Türkei zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren für Rußland erfolgreich. Der im Jahr 1809 geschlossene Friedensvertrag von Friedrichshamm enthielt große Vorteile für den russischen Staat: ihm fielen Finnland mit den Alands-Inseln zu. Der Friedensvertrag von Bukarest (1812), der den sechsjährigen Krieg Rußlands gegen die Türkei beendete, hatte zum Ergebnis, daß Bessarabien bis zum Pruth dem russischen Staat angeschlossen wurde.

1803 wurde Mingrelien, 1805 die Provinzen Karabach und Schirwan, 1810 Imeretien mit Rußland vereinigt. Der Krieg gegen Persien wurde durch den Friedensvertrag von Gulistan (1819) abgeschlossen, durch welchen sich das Reich der Landräume bis zum Araks-Fluß bemächtigte.

Die Koalitionskriege 1805 und 1806—1807 gegen Napoleon, der nach Weltherrschaft trachtete, mißlangen Rußland. Der im Sommer 1807 in der Nähe von Tilsit zwischen Frankreich und Rußland geschlossene Friedensvertrag war nicht von langer Dauer.

Noch im selben Jahr spitzten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erneut zu. 1812 begann der Vaterländische Krieg des russischen Volkes gegen die französischen Eindringlinge, der mit der völligen Niederlage Napoleons endete. Die Vernichtung der „Großen Armee" Napoleons führte zum Erwachen der nationalen Befreiungsbewegung.

Anfang des 19. Jahrhunderts war die russische Regierung bereits aufgeklärt, wieviel Vorteile die Erschließung und Nutzbarmachung der neuerworbenen Landräume im Osten und im Süden des Landes mit sich brachte. Besonderen Gewinn zog daraus das Handelskapital, das die größte ökonomische Macht Rußlands darstellte, und zwar hauptsächlich durch den Getreideexport. David Schmidt gibt an, daß die Getreideausfuhr Rußlands in den Jahren 1790—1792 223 000 Tschetwert, in den Jahren 1802—1804 jedoch schon zwei Millionen Tschetwert ausmachte.

Neurußland war aber bis dahin noch sehr arm, das Volk litt an Brotmangel. Das Getreide mußte aus den Gouvernements Woronesh, Kiew, Tschernigow und Kursk „importiert" werden. Die Hungersnot, die nicht selten durch Mißernten verursacht wurde, schreibt das Akademiemitglied Jelena Drushinina, drohte, die Regierungspolitik der Besiedelung von Neurußland zum Scheitern zu bringen.

Gerade um diese Zeit folgte eine Reihe von neuen Ukasen der russischen Regierung, die die Ansiedlung von Ausländern in Südrußland fördern sollten.

Es ist bekannt, daß in der Regierungszeit Alexander I. 123 Ukase bezüglich der ausländischen Kolonisationen von Neurußland veröffentlicht wurden.

Im Jahre 1802 wurde zum Beispiel ein Ukas über die Ansiedlung „der aus der Türkei kommenden Griechen und Bulgaren" in Neurußland verabschiedet. Den Umsiedlern wurden Vorschußgelder sowie eine Reihe von Privilegien gewährt, wie zehn steuerfreie Jahre, Freistellung vom Militär- und Landdienst usw.

Am 27. 3 und 10. 4. 1803 sowie am 17. 10. 1803 gab Alexander I. eine Reihe von Ukasen bekannt, die die Umsiedlung aus den deutschen Landen förderten. 1803 wurde durch einen Befehl des Zaren der Wunsch deutscher Immigranten erfüllt, sich in Neurußland niederzulassen.

„In den Jahren 1803—1804 kamen aus Preußen weitere 362 mennonitische Familien, schreibt A. Ipatow, nach anderen Angaben 442 Familien (Kornelius Harder. „Wer sind die Mennoniten?" „Neues Leben" Nr. 13, 1982), denen große waldlose Landmassive im Gouvernement Taurien am Fluß Molotschnyje Wody... zugewiesen wurden..." 1808—1809 kamen hier weitere 99 und von 1820 bis 1840 noch 215 Familien an, so daß die Molotschnaer Kolonien gegen das Ende der 30er Jahre bereits 43 Dörfer mit etwa 10 000 Bewohnern zählten, welche über 100 000 Desjatinen Land verfügten.

Nachdem die russische Regierung schon auf so manche Erfahrungen bei der Kolonisierung und Urbarmachung von neuerworbenen Territorien zurückblikken konnte, beschloß sie die Anwerbung von Kolonisten in Europa auf eine andere Weise zu betreiben. Laut Ukas vom 20. 2. 1804 sollten nach Rußland Leute schon nicht ohne Auswahl berufen werden, sondern nur solche, die als „Musterwirte" galten und zur Hebung der Landwirtschaft in kürzester Frist wesentlich beitragen könnten.

„Die Regierung erließ deshalb in Ergänzung des Manifests von 1763 neue Regeln für die ausländische Ansiedlung", lesen wir bei J. Prinz. „Nach derselben sollten nur tüchtige Landwirte zur Übersiedlung zugelassen werden, die namentlich auch Erfahrung in Obst- und Weinbau, in rationeller Vieh- und Schafzucht hätten. Die Kolonisten sollten nicht mehr durch Kommissare angeworben werden, sondern... sich selbst bei den russischen Gesandten melden, wobei sie ein Zeugnis vorzustellen hatten, daß sie gute Landwirte sind und nicht weniger als 300 Rubel Vermögen besitzen. Alle Auswanderer sollten nach Neurußland, besonders in die Nähe der Hafenstädte Odessa und Feodossija gewiesen werden. Freiheit von Steuern und Lasten sollten nur auf zehn Jahre gewährt werden. Auch sollten die Ansiedler den Landzins entrichten. Den Einwanderern sollte von ihrer Ankunft an der Grenze an bis zur ersten Ernte Zehrgeld — für Erwachsene 10 Kopeken und für Minderjährige 6 Kopeken pro Tag — verabfolgt werden. Die neuen Ansiedler sollten unter eine neue Verwaltung, das ‚Fürsorge-Komitee', gestellt werden."

Hier sei darauf hingewiesen, daß die Ukase zur Besiedlung der freien Landstreiche sehr günstige Privilegien für die ausländischen Kolonisten enthielten, die einheimischen Umsiedler aber ausklammerten. Viele von ihnen ließen sich in Neurußland eigenwillig nieder; sie handelten auf eigene Gefahr, denn es war eine schwere Sache, der Regierung das Recht auf Übersiedlung abzuzwingen.

Den ausländischen Kolonisten wurden 52 000 Desjatinen Land im Gouvernement Jekaterinoslaw, 263 000 Desjatinen im Gouvernement Cherson und 214 000 Desjatinen im Gouvernement Taurien angewiesen.

Seit 1803 beginnt die Ansiedlung der Deutschen in der Gegend um Odessa, „der Eingangspforte für die südliche Kolonisation". In diesem Jahr kamen 2 990 ausländische, hauptsächlich württembergische Kolonisten unter Anleitung des russischen Agenten Ziegler in Odessa an. „In den Jahren 1804 und 1805 war der Andrang nach Odessa schon so groß, daß man in der ganzen Umgegend keine Winterquartiere für die Ankömmlinge ausfindig machen konnte", schrieb K. Keller.

Der Transport der Kolonisten dieser Übersiedlungswelle verlief auf verschiedene Weise: zu Wasser, zu Lande sowie abwechselnd zu Lande und zu Wasser. Ebenso verschieden waren auch die Strapazen der Umsiedler. Die ostpreußischen Mennoniten hatten einen kürzeren Weg, den sie zu Lande unternahmen, auch waren sie ökonomisch ziemlich stark, so daß sie weniger Unbilden ausgesetzt waren, als, sagen wir, die Württemberger, deren Sammelpunkt die ferne Stadt Ulm gewesen war.

Die Laderufe der russischen Regierung Anfang des 19. Jahrhunderts begünstigten in großem Maße die Einwanderung von ausländischen Kolonisten nach Südrußland.

Ein Einwanderungszug folgte dem anderen. Die Auswanderung nahm die Ausmaße einer Massenbewegung an.

Unter den Einwanderern gab es eine Anzahl Schweizer. Sie stammten aus den französisch- und den deutschsprachigen Kantonen der Schweiz. Auf der Reise nach Rußland traten sie den Übersiedlern aus den deutschen Landen bei und gründeten am Bestimmungsort gemeinsame Siedlungen. Es gab aber auch Fälle, wo die Schweizer ihre Kolonien selbständig anlegten. So entstand auf der Krim die Kolonie Zürichtal. Organisator der Übersiedlung der Schweizer Kolonisten nach Rußland in den Jahren 1803—1805 war der Major des Moskauer Dragonerregiments F. Escher (ehemals Händler in Zürich).

Die schwere Reise, die die Kolonisten von der Stadt Konstanz am Bodensee über Mersburg, Ulm, Regensburg, Wien, und Moskau zurücklegten, kostete viele Menschenopfer, so daß auf der Krim nur 49 Familien eintrafen. Sie ließen sich am Indola-Fluß, 16 Kilometer von Feodossija, nieder. Zürichtal wurde später zum Zentrum des gleichnamigen Kolonistenbezirks, zu dem neben Zürichtal die Kolonien Sudak, Herzberg und Heilbrunn gehörten.

Eine weitere schweizerische Niederlassung gründeten am Dnestr unweit von Akkerman Weinbauer aus der französischen Schweiz. Ihre Siedlung nannten sie Schaba (oder auch Schabo). Die Ansiedlung der Schweizer Kolonisten wurde dem Oberfürsorger der Kolonisten in Südrußland I. N. Insow auferlegt, der bei den Kolonisten übrigens großes Ansehen genoß. Die Siedlung Schaba zählte zwar nur 15 Familien (52 Menschen); doch ihre hohe Stellung im Wirtschaftsleben der Region, die sie sich durch den Weinbau erworben haben, schreibt E. Drushinina, ist nicht zu übersehen.

Schon im Jahre 1810 gelangte die russische Regierung zu der Ansicht, die nötige Anzahl von Kolonisten angeworben zu haben und brach die Ausstellung von Pässen für die ausländischen Umsiedler ab.

Zu dieser Zeit gab es in Neurußland über hundert Niederlassungen ausländischer Kolonisten, darunter 91 Deutsche.

Das Gouvernement Cherson zählte im Jahre 1810 33 deutsche Niederlassungen (von katholischen Umsiedlern aus der Pfalz, dem Elsaß, Baden und evangelischen aus Württemberg und Ungarn gegründet), und zwar:

Alt-Schwedische Kolonie — 1782; Danzig — 1787; Mariental — 1803; Klosterdorf, Mühlhausendorf, Schlangendorf, Großliebental, Kleinliebental, Alexanderhilf, Josephstal, Lustdorf — 1804; Neuburg, Peterstal, Franzfeld, Glückstal — 1805; Freudental — 1806; Straßburg, Selz, Kandel, Baden — 1808; Rohrbach, Speier, Landau, Worms, Sulz, Karlsruhe, Mannheim, Elsaß, Neudorf, Bergdorf, Kassel, Rastatt, München — 1809.

Außerdem gründete eine Anzahl deutscher Kolonisten im Jahre 1804 eine deutsche Gemeinde in Odessa.

Im Gouvernement Jekaterinoslaw gab es im Jahr 1810 17 deutsche Niederlassungen, die fast ausschließlich von preußischen Mennoniten angelegt wurden. Hier deren Verzeichnis:

Jamburg, Josephstal, Rybalsk — 1789; Chortitza, Rosental, Inseldorf Chortitza, Einlage (Kitschkas), Kronsweide, Neuenburg, Neudorf, Schönhorst — 1790; Schönwiese — 1795; Kronsgarten — 1797; Burwalde, Nieder-Chortitza — 1803; Neu-Osterwik, Kronstal — 1809.

Und das Gouvernement Taurien zählte im Jahr 1810 41 deutsche Ansiedlungen, die von mennonitischen, evangelischen und katholischen Kolonisten gegründet wurden. Hier ihr namentliches Verzeichnis: Halbstadt, Tiegenhagen, Schönau, Fischau, Lindenau, Lichtenau, Blumstein, Münsterberg, Altenau, Prischib, Hoffental — 1804; Muntau, Tiege, Ohrloff, Blumenort, Rosenort, Schönsee, Ladekopp, Petershagen, Weinau, Alt-Montal, Wasserau, Rosental, Alt-Nassau, Neusatz, Friedental, Rosental, Zürichtal, Heilbrunn, Sudak, Herzenberg — 1805; Fürstenau — 1806; Hochstädt, Wahldorf — 1809; Durlach, Friedrichsfeld, Reichenfeld, Grüntal, Heidelberg, Kostheim, Leitershausen — 1810.

Ungeachtet einiger Maßnahmen der russischen Regierung zur Verminderung der Einwanderung ausländischer Kolonisten nach Rußland, dauerte die Übersiedlung deutscher Immigranten nach Südrußland im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fort, wobei die Einwanderung mit dem Ukas der Regierung vom 5. August 1819 vollends untersagt wurde.

Den russischen Missionen im Ausland war ab nun verboten, den nach Rußland und dem Kaiserreich Polen auswandernden Ausländern Pässe auszustellen.

Die Ursache des Verzichts der Zarenregierung auf ausländische Kolonisation um diese Zeit ist auf die Aufzehrung der Reserveländereien sowie der Staatskasse zurückzuführen.

Die Kolonistenbewegung war jedoch schon ziemlich in Gang gekommen, so daß es schwer war, sie jäh ins Stocken zu bringen. Es entstanden weitere deutsche Kolonien, und zwar: Im Jahr 1811 — Rückenau und Kronental; im Jahr 1814 — Neu-Nassau; im Jahr 1815 — Karlsruh; im Jahr 1816 — Schöneberg und Neu-Montal; im Jahr 1817 — Katharinenthal und Hoffnungsthal; im Jahr 1819 — Lichtfelde und Morgenau; im Jahr 1820 — Alexandertal, Schardau, Pordenau, Mariental, Rudnerweide, Franztal, Pastwa, Großweide; Tiefenbrunn; im Jahr 1821 — Fürstenwerder, Alexanderwohl, Gnadenheim; im Jahr 1822 — Tiegerweide und Blumental; im Jahr 1823 — Prangenau, Elisabethtal und Liebenau. All diese Neugründungen außer den Kolonien Katharinenthal und Hoffnungsthal, die im Gouvernement Cherson angelegt wurden, geschahen im Gouvernement Taurien.

Im Jahre 1823 gründeten preußische Umsiedler (Nichtmennoniten), etwa 500 Familien, nördlich von Mariupol 17 Kolonien, denen sie zur Erinnerung an ihre Heimatorte (in der Danziger Gegend) mit Genehmigung der Behörde folgende Namen gaben: Kirschwald, Tiegenhof, Rosengart, Schönbaum, Kronsdorf, Grunau, Rosenberg, Wickerau, Reichenberg, Kampenau, Mirau, Kaiserdorf, Götland, Neuhof, Eichwald, Tiegenort, Schönwald.

Aus Württemberg, Hessen, Baden und vom Niederrhein trafen in den Jahren 1823 und 1824 noch etwa 50 Familien in dieser Gegend ein und gründeten daselbst die Siedlungen Blumengart (1824), Neuhorst (1824), Elisabethdorf (1825) und Ludwigsthal (1828).

Im Mennonitengebiet Molotschnaja, des Taurischen Gouvernements entstanden im Jahre 1824 die Kolonien Neukirch, Friedensdorf, Wernersdorf und im Jahre 1828 die Kolonie Sparrau; im nichtmennonitischen Kolonistengebiet Molotschnaja, Gouvernement Taurien wurde im Jahre 1825 die Siedlung Kronsfeld gegründet.

Im Beresaner Gebiet, Kreis Odessa, Gouvernement Cherson, wurde im Jahre 1828 die Kolonie Neufreudental angelegt.

Auch werden in den Jahren 1805—1842 im Gouvernement St. Petersburg weitere 9 Kolonien gegründet: die Peterhofer, Oranienbaumer und Kronstädter Kolonie, des weiteren Neu-Saratowka, Iswar, Kipen u. a. In den Jahren 1819 bis 1843 entstanden daselbst die Kolonien Friedenstal (bei Zarskoje Selo) und Snamenka.

Richard HARTMANN

(Fortsetzung folgt)

Mustergut Juschanlee von Johann Cornies (Zeitgenössisches Bild).

Das sogenannte „Gründungsdenkmal", ein Monument, errichtet 1889 in Ober-Chortitza zum 100jährigen Bestehen dieser ersten mennonitischen Ansiedlung in Südrußland (Ansichtskarte).

(Anfang Nrn. 115, 120, 126)

Freundschaftliches Treffen

(Schluß)

Die führende Vertreter beider Bruderparteien erörterten ferner ein solch aktuelles Problem wie die Erhöhung der Rolle der Wahlorgane. K. Grosz erklärte, daß in Ungarn vor kurzem eine Arbeitskommission aus Mitgliedern des ZK der USAP gegründet wurde, die die Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahrzehnten analysieren soll. Dies sei für die Vorbereitung der Materialien zur Ausarbeitung des Parteiprogramms erforderlich. Andere Kommissionen werden sich mit Fragen des Statuts, herangereiften Veränderungen in der Verfassung des Landes sowie der Konzeption eines langfristigen Wirtschaftsplanes befassen.

Wir haben ungefähr die gleichen Pläne, sagte M. S. Gorbatschow. Vor allem überlegen wir, wie wir erreichen können, die Mitglieder des ZK neben ihrer Tätigkeit an ihrem eigentlichen Arbeitsplatz aktiv in das Wirken des Zentralkomitees selbst in allen Stadien der Erarbeitung politischer Beschlüsse einzubeziehen. Offenbar werden auch bei uns in den Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik Kommissionen gebildet werden. Dann wird auch der Parteiapparat einen genaueren Platz finden, der in der Lage sein muß, die Funktionen der Partei als politischer Avantgarde der Gesellschaft zu verwirklichen.

M. S. Gorbatschow und K. Grosz führten einen grundsätzlichen Meinungsaustausch über den Stand der sowjetisch-ungarischen Beziehungen und äußerten sich befriedigt über die sich festigende Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Einvernehmens. Unterstrichen wurde die Wichtigkeit der Gegenüberstellung von Ansichten, des gegenseitigen Studiums von Erfahrungen und der Erweiterung des Informationsaustausches. Übereinstimmend wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den bestehenden Mechanismus des wirtschaftlichen Zusammenwirkens umzugestalten. Dabei wollen sich beide Seiten darauf konzentrieren, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen für Fragen zu suchen, bei denen es darum geht, den Handel und Zahlungsverkehr zwischen der UdSSR und der UVR ausgeglichender zu gestalten und den Warenumsatz auf dem derzeitigen Niveau aufrechtzuerhalten und, soweit möglich, auch zu vergrößern. Zugleich wurde das Bedürfnis nach einer Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation auf der Grundlage neuester Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts festgestellt. Beide Seiten gehen von der Notwendigkeit aus, das direkte materielle Interesse der an der Zusammenarbeit beteiligten Betriebe und Institutionen als stimulierenden Faktor weitgehend zu nutzen. Weiter verfolgt wird die Linie, die Beziehungen zwischen Bürgern beider Länder zu erweitern, die Jugendkontakte zur Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste der sowjetisch-ungarischen Freundschaft zu aktivieren und die Verbindungen auf örtlicher Ebene zu vertiefen.

Während der Unterredung wurden einige Fragen der gegenwärtigen internationalen Situation berührt. K. Grosz würdigte die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen und stellte fest, daß dank diesen Treffen der Weg zur allmählichen Befreiung Europas von den nuklearen Arsenalen gebahnt worden ist. Die Gesprächspartner verwiesen darauf, daß heute das erstrangige Problem des internationalen Lebens auf dem Kontinent, die Reduzierung der konventionellen Rüstungen und der Streitkräfte in Europa ist. Die Initiative, die die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages vor zwei Jahren unterbreitet haben, wurde inzwischen durch viele neue Vorschläge bereichert. Jetzt kommt es darauf an, die Verhandlungen zu dieser Frage, die für die Zukunft aller Völker des Kontinents von erstrangiger Bedeutung ist, nicht zu verschleppen.

Die Sowjetunion und Ungarn werden auch weiterhin Konsultationen führen und in Europa zusammenwirken, das einen vorrangigen Platz in ihrer Außenpolitik einnimmt.

Das Treffen zwischen M. S. Gorbatschow und K. Grosz hatte herzlichen und freundschaftlichen Charakter. Es verlief in einer Atmosphäre der kameradschaftlichen Aufrichtigkeit und des vollen Einvernehmens. Bei der Unterredung war der Sekretär des ZK der KPdSU W. A. Medwedew zugegen.

(TASS)

Aus aller Welt — PANORAMA

Das Vorwärtsschreiten der Umgestaltung

Im Leben der KPdSU und des Sowjetstaates fand ein Ereignis statt, das einen Meilenstein in der Sache der revolutionären Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft darstellt — das ist die Meinung der überwiegenden Mehrheit von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sowie der Massenmedien über die in Moskau abgehaltene XIX. Unionsparteikonferenz. Ihr wichtigstes Ergebnis sehen sie darin, daß zu allen Kardinalfragen, die auf der Grundlage der Thesen des ZK der KPdSU partei- und volksumfassend diskutiert wurden, eine politische Programmposition erarbeitet worden ist.

Bulgarien

Die XIX. Parteikonferenz hat eine neue Periode im gesellschaftlichen Leben, in der Entwicklung von Theorie und Praxis des Sozialismus eröffnet, unterstreicht die **„Rabotnitschesko Delo"** in ihrem Leitartikel. Jetzt, da das Moskauer Parteiforum bereits der Geschichte angehört, kann man zweifellos behaupten: Die Konferenz hat ihre Aufgaben erfüllt und die geplanten hohen Ziele erreicht. Bei der Durchsetzung der Linie auf Umgestaltung, Demokratisierung und Offenheit ist ein großer, bedeutsamer Fortschritt erzielt worden.

Polen

Alle polnischen Zeitungen haben auf den Titelseiten das umfangreiche PAP-Interview des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der PVAP J. Gierek veröffentlicht. Vier Tage, die die Welt erschütterten, so kann man die XIX. Unionskonferenz der KPdSU charakterisieren, erklärte er. Dieses Forum hat keine Zweifel daran gelassen, daß die Sowjetmenschen die Umgestaltung vorbehaltlos unterstützen. Die Offenheit ist kein Konjunkturelement der Politik, sondern die Art und Weise der Machtausübung, die von der Gesundheit und Kraft der Partei zeugt, eine Bedingung ihrer normalen Tätigkeit. Die Konferenz der sowjetischen Kommunisten ist ein Triumph der neuen Politik, die M. S. Gorbatschow verkörpert. Sie wird die Bewegung zur Stärkung der Reform auch in Polen und in der PVAP fördern.

Spanien

Die Unionsparteikonferenz mit ihren heißen Diskussionen, kritischen Ansprachen, Beifall und spannungsvollen Momenten ist ein präzendenzloses Ereignis im Leben der Sowjetunion seit Lenins Zeiten, meint **„El Pais"**. In ihrem redaktionellen Beitrag hebt diese einflußreiche Madrider Zeitung hervor, daß die von den Delegierten gebilligten Vorschläge eine „politische und Verfassungsreform von außergewöhnlicher Bedeutung" darstellen. Jedes, auf der Konferenz gebilligte Wort in Realität umsetzen, bedeutet einen angespannten Kampf, von dem das Schicksal der Umgestaltung selbst abhängen wird. Auf der Konferenz hat sich die These von der Priorität der Reform des politischen Systems durchgesetzt, ohne die es neben Offenheit unmöglich sein würde, die radikalen Umwandlungen im Wirtschaftsleben zu verwirklichen.

USA

Die Mehrheit der Westeuropäer wünscht der sowjetischen Führung Erfolg in ihrem Bestreben, eine beweglichere Gesellschaft aufzubauen, die zugleich humaner und effektiver in wirtschaftlicher Hinsicht werden würde, schreibt in ihrem redaktionellen Beitrag die Zeitung **„Independent"**. **„The Times"** bezeichnet ihrerseits die Atmosphäre, in der das Parteiforum im Kreml verlief, als „erstaunlich und erneuert, wo alles bei seinem Namen genannt wurde und die Gegensätze nicht mit Worten vom Unterschied der Akzente oder von mangelndem Verständnis verdeckt wurden." In der vergangenen Woche, so führt die Zeitung weiter aus, habe die Sowjetunion erstmals seit sechs Jahrzehnten begonnen, ein wahres politisches Leben zu führen.

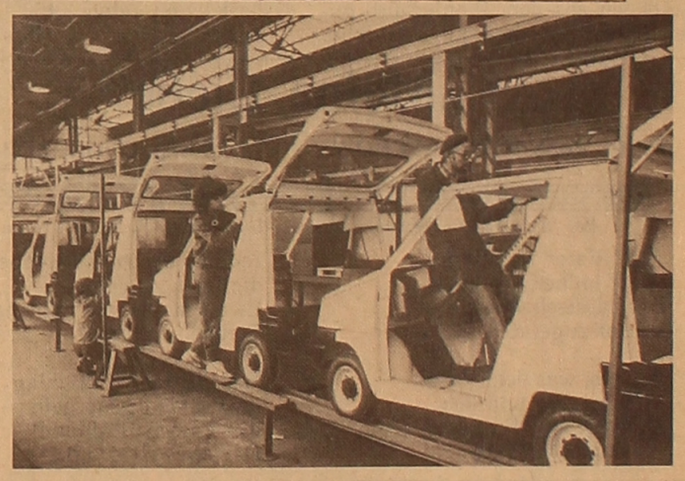
England

Die Fernsehgesellschaft **NBC** wandte sich an R. Legwold, anerkannter Fachmann, Direktor des Columbia-Instituts für Perspektiverforschung der Sowjetunion bei der Harward-Universität, mit der Bitte, die Ergebnisse der Parteikonferenz zu kommentieren.

„M. S. Gorbatschow hat auf der Konferenz, meines Erachtens, zwei Hauptergebnisse erreicht", unterstrich er. „Erstens dramatisierte er die Wichtigkeit der Reform des politischen Systems in der UdSSR. Der Generalsekretär hat gezeigt, daß er fest entschlossen ist, das System der staatlichen Leitung zu verändern. Zweitens lieferte die Konferenz ein Musterbeispiel dessen, wie staatswichtige Beschlüsse zu fassen sind und wie sie im weiteren gefaßt werden, und zwar durch die freie Diskussion zwischen den vom Volk gewählten Vertretern". Dieser namhafte Experte für Angelegenheiten der Sowjetunion unterstrich im weiteren: „Die politischen Positionen M. S. Gorbatschows sind fest wie nie zuvor. Er ist außergewöhnlich kompetent, kontrolliert vollständig das Geschehen und niemand sollte daran zweifeln, daß er eben der Mann ist, der in der Sowjetunion den Stab führen soll. M. S. Gorbatschow übt einen großen Eindruck auf seine Mitbürger aus, welche sehen, was für eine Mühe der Generalsekretär für die Verbesserung des Lebens im Lande an den Tag legt."

Japan

Die Zeitung **„Mainichi Shimbun"** meint, das Hauptergebnis der Konferenz bestehe darin, daß, „es auf ihr keine Gegner der Umgestaltung gegeben hat, wobei die Autorität M. S. Gorbatschows als Parteiführer noch mehr gestiegen ist." Unter der Überschrift „Gorbatschows Revolution. Die zweite Etappe der Umgestaltung" bringt die Zeitung eine Reportage aus Moskau, in der hervorgehoben wird, daß die Delegierten die negativen Erscheinungen der Stagnationsperiode verurteilt und sich mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen haben, alles zu tun, um in der Zukunft nicht Ähnliches zuzulassen.



In Ungarn hat die Landmaschinenfabrik „Hodgep" von Hodmezövasarhely mit dem serienmäßigen Bau einer neuen Produktionsart begonnen: Die ersten 50 Miniautos „Puli" haben das Fließband verlassen. Foto: TASS

Erste Serie von Vor-Ort-Kontrollen beendet

Sowjetische Inspektoren haben die erste Serie der Vor-Ort-Kontrollen über die Einhaltung des INF-Vertrags durch die amerikanische Seite abgeschlossen. 48 von ihnen traten von San Francisco aus die Heimreise an, 22 verbleiben noch in Magna, Bundesstaat Utah, wo sich eine Geheimfabrik für die Produktion von Pershing-2-Komponenten befindet.

Expertengruppen inspizierten fünf Militärobjekte im Westen der USA, wo sich vertragsgemäß zu vernichtende Raketen und deren Komponenten befinden bzw. befunden haben. Sie besichtigten das Armeearsenal von Pueblo, Bundesstaat Colorado, die Luftwaffenstützpunkte in Fort Huachuca und Davis Monthane, Bundesstaat Arizona, den Rüstungsbetrieb Nr. 19 von General Dynamics in San Diego, California, und das Übungsgelände Dugway, Utah. Sie durften sich an jedem dieser Objekte bis zu 32 Stunden aufhalten.

Dem USA-Verteidigungsministerium zufolge handelte es sich dabei um „Basisinspektionen" zur Feststellung der Stationierungsorte sowie der Zahl und der Klassen der dort befindlichen Raketen und Raketenkomponenten, die unter die Bestimmungen des Vertrags fallen. Eine Serie ähnlicher Überprüfungen war bereits von USA-Inspektoren in der Sowjetunion vorgenommen worden. Die „Basisinspektionen" sollen bis zum 1. September dauern. In deren Verlauf werden sowjetische Experten insgesamt 26 Objekte in den USA und in Westeuropa besuchen. Amerikanische Experten werden 133 Objekte auf den Territorien der UdSSR, der DDR und der CSSR inspizieren. Nach Abschluß dieses ersten Überprüfungsstadiums werden Inspektoren beider Länder so lange verschiedene Objekte besuchen oder sich an ihnen aufhalten, bis alle unter die Bestimmungen des INF-Vertrags fallenden Rüstungen vernichtet worden sind.

Pressekonferenz in Kabul

Der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs Diego Cordovez, der in Kabul eingetroffen ist, sieht das Hauptziel seines Besuches in der Region darin, die Erfüllung der Genfer Vereinbarungen durch die Seiten zu prüfen. Auf einer Pressekonferenz in Kabul verwies er darauf, daß es in dieser Frage „ernsthafte Schwierigkeiten in der Anfangsetappe" gab, und betonte, daß nach seinem Besuch in Islamabad „die angeführten Schwierigkeiten überwunden werden".

Klubmitglieder lernen beieinander

Vor kurzem versammelten sich die jungen Internationalisten aus den KIFs des Rayons Beskaragaiski im Pionierhaus zu einem Treffen. Das durchgeführte Wissenstoto über die Geschichte der Pionierorganisationen der sozialistischen Länder und der demokratischen Kinderorganisationen in den kapitalistischen Staaten zeigte, daß nicht alle Klubmitglieder in diesen Fragen beschlagen waren.

Besser als andere stand unsere Mannschaft im Wettbewerb „Globus". Lena Golowanjowa und Galja Wariwochina gewannen je fünf Punkte und demonstrierten glänzende Kenntnisse in Geographie.

Mit dem chilenischen Massenspiel „Das Obstkörbchen" gewannen wir auch noch den ersten Preis im Wettbewerb „Spiele der Kinder unseres Planeten". In den Pausen nahmen alle an unserem Spiel teil. Das war prima!

Selma NAGEL

Gebiet Semipalatinsk

Einzug in „Maralsai"

Die Schlucht Maralsai ist sehr malerisch, die Berge hier sind mit Edeltannen, herrlichen Blumen und saftigen Gräsern bewachsen. Ein klarer Bergfluß sprudelt laut murmelnd herab. Mitten in dieser Naturpracht liegen mehrere Pionierlager. In diesem Sommer hat sich zu ihnen noch ein neues, genannt „Maralsai", gesellt.

Die Wohnbungalows, der Speisesaal, der Spielraum, das Pioniergebäude mit der Freilichtbühne nebenan bilden ein modernes architektonisches Ensemble, das der Naturschönheit geschmackvoll angepaßt ist.

„Es gefällt uns hier sehr gut", meint Natascha Müller aus der 3. Pioniergruppe. „Ich habe hier viele neue Freunde gewonnen, mit denen wir auf Wanderungen gehen. Einmal war es sogar eine mehrtägige.

Unser Pionierleiter Jerbol Schakenow ist Klasse! Er spielt Gitarre und singt moderne Lieder, von denen er eine ganze Menge kennt.

Ganz toll finde ich die Gruselgeschichten, die am Lagerfeuer erzählt werden. Wir sind ja alle nach Abenteuern aus, daher auch der Name unserer Pioniergruppe ‚Purpurrote Segel'. Es klingt recht romantisch, nicht wahr? Es träumt sich in der malerischen Schlucht ‚Maralsai' sehr schön.

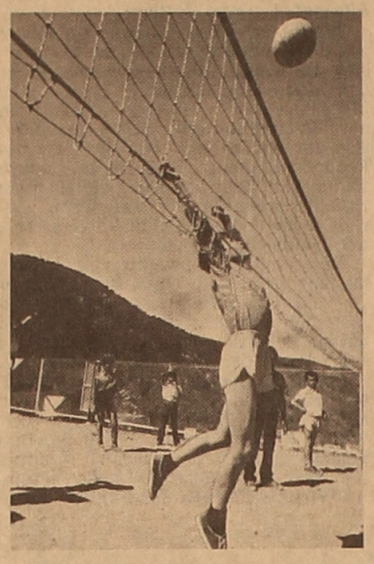
Aber nicht nur Luftschlösser bauen wir hier, wir ertüchtigen uns im Sport, baden im kalten Wasser des Bergflüßchens, wetteifern in verschiedenen Fertigkeiten. Fußball-, Volleyball- und Tenniswettkämpfe stählen unsere Muskeln, Schach und Dambrettspiel — unseren Geist."

Die Mädchen nähen, stricken und häkeln hübsche Sachen und stekken in jeden Nadelstich ihre ganze Phantasie und ihren Geschmack. Natascha Müller wurde von der Jury mit dem Titel „Meisterin der Sommerspitzen" gekrönt.

Auf den Bildern: Eugen Neuwirt trompetet zum Morgenappell. Auf dem Volleyballplatz. Die Pionierleiterin Irene Probst mit dem Redaktionskollegium. Jerbol Schakenow singt seine Lieder.

Text und Fotos:
Alexander ENGELS

Gebiet Alma-Ata



Die neuen Herren des Jägershäuschens

Unweit des Auls Urkenden — der Zentralsiedlung des Sowchos „Amangeldy" — steht am Ufer des malerischen Scholaksees ein schmuckes Holzhaus. Man nannte es in der Zeit der Stagnation die „Jägershütte".

Seit zwei Jahren beherbergt es nun ein ganz anderes Volk, nämlich die Mitglieder, der Schülerproduktionsbrigade „Junge Generation", die auf einem 1,5 Hektar großen Schlag Gemüse zieht und ein 10 Hektar großes Kartoffelfeld bewirtschaftet.

Nach vierstündigem Arbeitseinsatz unter Anleitung der Biologie-

lehrerin Antonina Trofimowa und erfahrener Lehrmeister sind Sport-, Kultur- und Massenveranstaltungen eine schöne Ablösung. Galija Ajaschewa und Alma Baimagambetowa gelten als vortreffliche Sängerinnen kasachischer und russischer Lieder, während Anna Bohnert gut rezitiert. Die Jungs spielen Fußball, die Mädchen ziehen Volleyball vor. Am heißen Nachmittag wird im kristallklaren See gebadet.

Am Vorabend der XIX. Parteikonferenz besuchte die landesweit bekannte Mechanisatorin Natalia Gellert ihre jungen Landsleute. Mehrere Jahre ist Natalia Wladimirowna Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR und Mitglied des ZK unserer Partei. Sie erzählte den Jungen und Mädchen dieser Schülerproduktionsbrigade über die gegenwärtige Innen- und Außenpolitik der Partei. Die Jungs bedanken sich herzlich bei Natalia für ihre Unterhaltung mit ihnen.

Die Schülerproduktionsbrigade ist für viele künftige Mechanisatoren eine gute Schule.

Leo BILL,
Korrespondent
der „Freundschaft"

Gebiet Zelinograd

Pionierbüro guter Taten

Um ein weiteres rotes Sternchen hat sich die Timur-Karte der Stadt Dsheskasgan bereichert. Jeden

Morgen besuchen die Jungen und Mädchen aus dem Pionierbüro guter Taten, das man im Hofklub „Romantik" gegründet hat, den Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges Genossen Godunow. Sie bohnern den Fußboden, putzen die Fenster, gehen einkaufen und holen neue Zeitungen für den alten Genossen.

„Unser Büro hat für die Ferienzeit mehrere Timur-Trupps aus den umliegenden Schulen vereint und leistet im Sommer viele gute Taten. Sie verteilten die Wohnviertel unter sich und umsorgen nun die Kriegs- und Arbeitsveteranen, einsame alte Leute. Insgesamt wirken im Sommer im Gebiet Dsheskasgan etwa 450 Timur-Trupps. (KasTAG)

Die Künstler kennen keine Ferien

Etwa sechs Jahre besucht Andreas Fischer die Arbeitsgemeinschaft für bildende Künste beim Kulturhaus Schtschutschinsk.

Er zeichnet mit Vorliebe Illustrationen zu russischen Volksmärchen und aus der Geschichte der alten Rus. Er liest viele historische Bücher und kennt sich darin gut aus.

Zur Zeit hat man im Standkulturhaus eine Ausstellung der Volkstalente entfaltet, wo auch Andreas einige seiner Zeichnungen und Gemälde ausgestellt hat. Sie zeichnen sich durch die Eigenartigkeit, schöpferische Reife und exakte Kompositionen aus.

Die Illustration zum Poem „Ruslan und Ludmilla" von Alexander Puschkin ist besonders ansprechend. Man sieht gleich, daß es Märchenhelden sind — der Recke Ruslan sitzt hoch zu Roß und hat den niederträchtigen Tschernomor am Bart gepackt.

Andreas zeichnet auch gern Landschaften; er möchte einmal Berufsmaler werden. Die Lehrer sind mit seinem Fleiß und seinen Fortschritten zufrieden.

Das erste Jahr besucht Lena Zyzura, Schülerin der 5. Klasse aus der 3. Mittelschule, das Studio. Ihre Applikationen, genauso wie die von Ulja Melentjewa, Nadja Wagina und Nadja Astachowa sind sehr geschmack- und kunstvoll gefertigt.

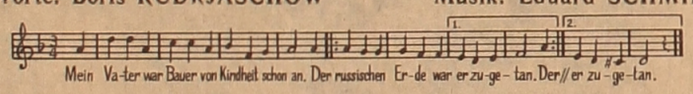
Zur Zeit zeichnen die Studiomitglieder Naturbilder im herrlichen Borowoje; ein wahrer Künstler kennt ja keine Ferien, und außerdem kann man Sommerlandschaften nur im Sommer zeichnen.

Eduard ZEIER

Gebiet Koktschetaw

„Meine Liebe"

Worte: Boris KUDRJASCHOW **Musik: Eduard SCHMIDT**



Mein Vater war Bauer
von Kindheit schon an.
Der russischen Erde
war er zugetan.

All das, was dem Vater
so traut war und lieb,
als Erbe mir, Freunde,
für immer verblieb.

Ich lieb durch die Steppe,
die freie, zu gehn.
Es ist nichts wie blühende
Steppe so schön.

Wie duftiger Heuschlag
im Frühmorgenschein —
das alles ist Rußland!
Das alles ist mein!

Ein Konzert für Erwachsene

Diesmal nahmen uns die Eltern zu einer Abendvorstellung des Deutschen Theaters Temirtau mit. Wir hatten uns schon zwei seiner Aufführungen — das Märchenspiel „Der gestiefelte Kater" und „Des Teufels goldene Haare" angesehen. Natürlich freuten wir uns riesig auf das Wiedersehen mit den beliebten Schauspielern.

Allein die lustigen Ansager Friedrich und Dietrich, die allerlei Witze erzählten, gefielen uns sehr gut, von den schönen Liedern und Tänzen ganz zu schweigen. Die Schauspielerin Lydia Groß mit ihrem ulkigen Schwank, den sie in unserer Mundart erzählte, war Spitze.

Die Laienkünstler aus unseren Nachbardörfern Rosowka, Lugansk und Konstantinowka beteiligten sich auch am Konzert mit schönen deutschen Liedern und Volkstän-

zen. Schade, daß es in unserem Dorf Jefremowka noch keine deutsche Laienkunst gibt, ich würde da gern mitmachen.

Woldemar SCHAUERMANN,
Schüler der 6. Klasse

Gebiet Pawlodar

Rätsel

Und wenn es lenzt,
freun wir uns alle,
daß bald manch Sprößlein
üppig sprießt.
Doch ihn drückt Schwermut,
tiefe Trauer,
und bittre Tränen
er vergießt.

(Der Schneemann)

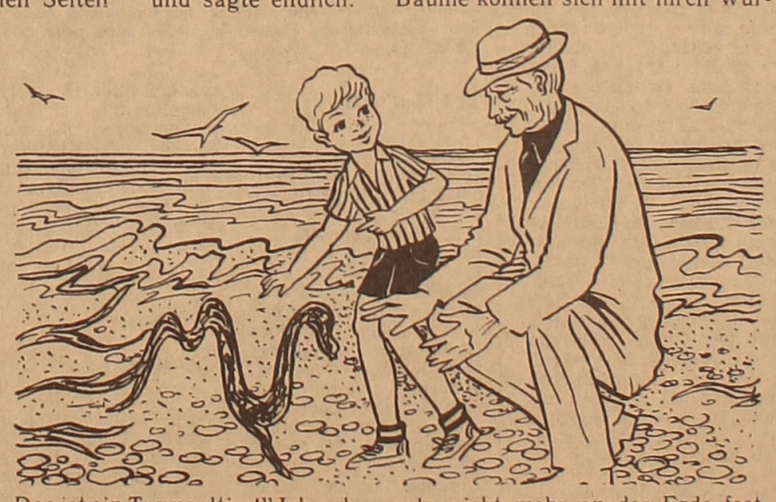
Friedrich KRÜGER — Erzählung

Edi

Man lud zum Tanzen ein... Auf dem Tanzplatz erklang sogleich Musik. Edi und ich gingen nicht hin. Das Tanzen machte uns wenig Spaß, deshalb begaben wir uns sogleich nach dem Abendbrot zum Meeresstrand. Die Sonne hing noch hoch am Himmel, denn die Tage sind ja hier im August noch lang.

Ich lernte Edi gleich am ersten Tag unserer Ankunft im Erholungsheim kennen. Er war acht Jahre alt; sein Vater und seine Mutter richteten sich in dem Bungalow neben dem meinen ein. Gleich nach unserer Bekanntschaft nutzte Edi jede Gelegenheit, um mit mir zusammen zu sein. Vielleicht fühlen Kinder auf irgendeine Weise meine Liebe zu ihnen? Als ich nach einem abendlichen Spaziergang eine stark verzweigte Wurzel mit nach Hause brachte, hing Edi sofort wie bezaubert an ihr. Seit jenem Augenblick wich er mir nicht mehr von der Seite. An dieser Wurzel hatte ich nichts Besonderes gefunden, aber die ungewöhnliche Verzweiflung hatte meine Neugier erregt. Ich beschloß, künftig, wenn ich sogar nichts daran „erkennen" sollte, sie doch mit nach Hause zu nehmen, an die Wand zu hängen und „Phantasie" zu nennen. Aber Edi ließ mir keine Ruhe. Er verlangte, daß ich ihm sofort sage, wem dieser Wurzelzweig ähnlich sei.

„Ich weiß es ja selbst noch nicht", gab ich zurück. Aber Edi wollte es sofort wissen. „Warum haben wir ihn denn mitgenommen?" fragte er wieder neugierig. „Einfach, weil er schön ist", erwiderte ich etwas unsicher. Diese Antwort schien ihn etwas befriedigt zu haben, denn er stellte mir keine Fragen mehr. Er nahm die Wurzel in die Hände, betrachtete sie lange aufmerksam und „sachkundig" von allen Seiten und sagte endlich:



„Das ist ein Trampeltier!" Ich gab ihm recht, obwohl ich, ehrlich gesagt, an der Wurzel keinerlei Ähnlichkeit mit einem Trampeltier sah. Der Junge sah sie aber, und warum sollte ich das bestreiten? Seit jener Stunde trennten wir uns nicht mehr. Während unserer gemeinsamen Spaziergänge am Meeresufer stellte er mir unzählige Fragen, und ich bemühte mich, sie zu beantworten, was mir nicht wenig Spaß machte. Ihn interessierte buchstäblich alles: die Sternschnuppen, die Geheimnisse des Meeresgrundes, verschiedene Ungeheuer usw. usf.

Mit einemmal fragte mich Edi, warum die Bäume dort ins Wasser gefallen seien und zeigte dabei auf einige im Wasser liegenden Riesenkiefern.

„Diese Bäume liegen da im Wasser, weil die erwachsenen Onkels nicht zur rechten Zeit dafür gesorgt haben, die nötigen Befestigungsanlagen zu errichten. Die Wellen unterspülen jetzt die Ufer, und die Bäume können sich mit ihren Wurzeln nicht mehr an der Erde festhalten und fallen ins Wasser."

„Und warum dachten die nicht rechtzeitig daran?" fragte Edi.

„Aber das weiß ich doch selber nicht, worüber die damals dachten", gab ich zurück.

„Und dieser Baum dort fällt auch bald ins Wasser?" fragte er mit erregter Stimme und zeigte mit seinem Fingerchen auf eine Birke, die auch schon über dem Abgrund hing.

„Ja, auch diese fällt bald hinab."

„Und diese?" fragte er wiederholt und zeigte auf eine Tanne, die sich noch mit einigen Wurzeln verzweifelt an die Erde klammerte.

„Auch diese wird bald hinabfallen."

„Auch jene?"

„Auch jene."

„Tun Ihnen die Bäume denn gar nicht leid?" fragte Edi mit solcher Stimme, als wäre ich allein an allem Schuld.

„Sehr, sehr tun sie mir leid, Edi", sagte ich.

„Und auch mir tun sie sehr, sehr leid", stieß Edi hervor und senkte, als sei er ebenfalls schuld daran, seinen Kopf.

Aus meinen so trüben Gedanken über die dahinsiechenden Bäume riß mich auf einmal Edi froher Ruf. Er hüpfte vor Freude auf und nieder, winkte mir mit seinen beiden Armen und verlangte, daß ich sofort zu ihm komme und schaue, was er dort gefunden habe. Vor Freude tänzelnd, wies er auf ein Wurzelgeflecht und rief: „Ich habe einen ‚Achtfüßler' gefunden!" Ich zählte die Wurzeln. Tatsächlich war es ein echter „Achtfüßler". Man brauchte ihn nur etwas zu bearbeiten, und schon hätte er ein Exponat auf einer Ausstellung sein können.

„Das ist doch ein echter ‚Achtfüßler' nicht wahr?" fragte mich Edi wieder. Er konnte sich noch immer nicht vor Freude beruhigen.

„Wunderbar", lobte ich laut seinen Fund.

„Soll ich Ihnen den Achtfüßler schenken?"

„Nein, Edi, danke schön! Besser, ich schenke dir noch das ‚Trampeltier', dann wirst du schon eine kleine Kollektion haben."

(Schluß folgt)

Die nächste Nummer der „Freundschaft" erscheint am 9. Juli.

Redakteur K. W. EHRLICH

Unsere Anschrift:
Казахская ССР, 480044, Алма-Ата, ул. М. Горького, 50, 4-й этаж

Vorzimmer des Redakteurs — 33-42-69; stellvertretende Redakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Obersetzungsbüro — 33-26-62; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УГО2163 Заказ 11993.